



LANDKREISTAG KOMPAKT

Mitteilungen des Bayerischen Landkreistags

Ausgabe Nr. 4/2023



Bayerische Landrätinnen und Landräte mit dem Bayerischen Staatsminister für Gesundheit und Pflege, Klaus Holetschek, MdL, bei ihrer offenen Klausurtagung „Neue Wege in der Pflege“ am 21./22. Juni 2023 in Neuburg an der Donau

Förderprogramme für Kommunen vereinfachen – weniger ist mehr S. 12

Rettungsdienst bei der Reform der Notfallversorgung mitdenken S. 19

Positionspapier des Bayerischen Landkreistags zur Asyl- und Ausländerpolitik S. 23



Editorial 3

Aktuell & Rückblick

In Brüssel stark für die Heimat – Landrat Thomas Habermann im Europäischen Ausschuss der Regionen 5

Interview mit Landrat Matthias Dießl, Fürth 10

Förderprogramme für Kommunen vereinfachen – weniger ist mehr 12

Brandbrief an Bundesminister Lauterbach: Auswirkungen der geplanten Reform der Krankenhausvergütung auf die medizinische Versorgung im ländlichen Raum 14

Bayerische Innovationstage 2023 – Landkreise packen bei Digitalisierung und Fachkräftemangel gemeinsam an 16

Rettungsdienst bei der Reform der Notfallversorgung mitdenken 19

Neue Wege in der Pflege – offene Klausurtagung am 21./22. Juni 2023 in Neuburg an der Donau 21

Positionspapier des Bayerischen Landkreistags zur Asyl- und Ausländerpolitik 23

Energiewende und Klimaschutz

Erster auf Elektro umgerüsteter Verbrenner von e-REVOLT: Innovation aus dem Landkreis Dachau 25

Landkreise München, Landshut und Ebersberg Vorreiter in Sachen grüner Wasserstoff 26

Mit Weitblick in eine klimafreundliche Zukunft – Landkreis Landshut veröffentlicht Klimaschutzkonzept 30

EnergieMonitor im Landratsamt Straubing-Bogen beflügelt Energiewende 33

Die Wasserstoff-Mission des Landkreises Kulmbach 34

Starkes Stromleitungsnetz für die Energiewende notwendig – Tagung der fränkischen Landräte in Bad Brückenau 37

Pflege vor Ort

Pflege-Ausbildungsverbund Ostallgäu-Kaufbeuren gegründet 39

Aus 2 wird 1 – Landkreis und Stadt Günzburg planen ein gemeinsames, modernes Seniorenzentrum 41

Weißenburg-Gunzenhausener Landrat als Praktikant in der Tagespflege der AWO in Markt Berolzheim 44

Bezirk Oberpfalz und Landkreis Cham unterzeichnen Kooperationsvertrag 45

Aus den Landkreisen

Hochkarätig besetzte Sicherheitstagung im Landratsamt Kitzingen. 46

Länderübergreifendes Mobilitätskonzept für die Metropolregion FrankfurtRheinMain 47

Fulminanter Abschluss des Vereins-Coaching-Projekts im Landkreis Regensburg 50

Personalien 54

Impressum:

Herausgeber:

Bayerischer Landkreistag
Kardinal-Döpfner-Straße 8
80333 München

Telefon (089) 286615-0
Telefax (089) 282821

info@bay-landkreistag.de
www.bay-landkreistag.de

Für den Inhalt verantwortlich:

Andrea Degl
Geschäftsführendes Präsidialmitglied
des Bayerischen Landkreistags

Sarah Honold
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit



Druckerei Schmerbeck GmbH
Gutenbergstraße 12
84184 Tiefenbach

Liebe Leserinnen und Leser,

in den letzten Wochen und Monaten hat uns die Flüchtlingskrise kommunalpolitisch extrem gefordert. Auch viele unserer Mitarbeiter in den Landratsämtern sind immens belastet und arbeiten seit Jahren am Limit. Bayernweit massiv gestiegene Flüchtlingszahlen wirken sich nicht nur auf diejenigen aus, die die Unterbringung organisieren müssen. Ärzte, Erzieher, Lehrer, Hausmeister und viele mehr werden gebraucht, um diese Aufgabe den Umständen entsprechend so gut es geht noch irgendwie zu meistern. Aber irgendwann ist der Kippunkt trotz der leistungsstärksten Verwaltung und trotz der verständnisvollsten Bevölkerung erreicht. Um das zu verhindern, haben wir uns Ende September erneut mit einem Forderungspapier an den Bundeskanzler gewandt. Auf Seite 23 können Sie unsere Positionen für eine Neuausrichtung der Migrationspolitik nachlesen. Maßnahmen zur möglichst schnellen Entspannung der Situation vor Ort sind ebenso dabei wie Wege, die nur gemeinsam mit der EU gegangen werden können.

Eine zukunftsfähige medizinische Grund- und Regelversorgung in der Fläche

Auch bei der so genannten Reform der Krankenhausvergütung wurde auf der kommunal- und landespolitischen Seite die Empörung über eine Bundesregierung, die vor den Realitäten im ländlichen Raum die Augen verschließt, immer größer und die Appelle der bayerischen Landräte deswegen lauter. Wir bezweifeln nicht die grundsätzliche Notwendigkeit einer Reform des Gesundheitswesens. Diese muss aber Lösungen für eine zukunftsfähige, bedarfsgerechte, bürgernahe und bezahlbare medizinische Grund- und Regelversorgung liefern. Die Lauterbachsche Ausgestaltung wird dagegen irreparable Schäden in der akutstationären Versorgung in den ländlichen Regionen verursachen und zu willkürlichen Krankenhausschließungen führen. Zudem werden zahlreiche Krankenhäuser vor dem Start der geplanten Reform ihre Türen schließen müssen, weil sie ihre sehr hohen Betriebskostendefizite nicht bis zum Abschluss der Konvergenzphase schultern können. Lesen Sie ab Seite 14, was wir dem Bundesgesundheitsminister zu sagen haben und seien Sie gespannt auf die Ergebnisse unserer Landrätetagung unter der Überschrift „Kommunaler Gesundheitsgipfel – Die Gesundheitsversorgung in der Fläche weiterentwickeln“. Wir berichten in der nächsten Ausgabe unserer KOMPAKT.



Andrea Degl
Geschäftsführendes Präsidialmitglied
des Bayerischen Landkreistags

Zusammenarbeit mit der EU und weiteren Partnern

Nicht nur für eine Neuausrichtung der Migrationspolitik, auch in den meisten anderen Feldern brauchen wir ein solides Band mit Verantwortungsträgern auf der europäischen Ebene. Dafür setzt sich insbesondere der Erste Vizepräsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Thomas Habermann aus Rhön-Grabfeld, als Präsidiumsmitglied im Ausschuss der Regionen ein. Weil die Arbeit der EU und ihrer Institutionen im Alltag für Außenstehende oft schwer greifbar ist, hat er zwei Journalisten mit nach Brüssel genommen. Ab Seite 5 bekommen Sie Einblicke, welchen großen Einfluss ein Landrat aus Bayern auf die EU nehmen kann.

Die bayerischen Landkreise haben aber nicht nur in der EU starke (Für)Sprecher und Partner. So wurde beispielsweise Anfang Juli der derzeitige Landrat des Landkreises Fürth, Matthias Dießl, zum nächsten Bayerischen Sparkassenpräsidenten bestellt. Ab Seite 10 können Sie mehr über ihn erfahren.

Die Zukunft hat in den bayerischen Landkreisen längst begonnen

Trotz großer Herausforderungen gehen in den 71 bayerischen Landkreisen fast täglich Zukunftsprojekte an den Start. Während die Energiewende bundespolitisch



nur mit Mühen und zahlreichen Irrungen und Wirrungen gestaltet wird, fährt im Landkreis Dachau der erste auf Elektro umgerüstete Verbrenner und in Kulmbach ist die Wasserstoff-Mission längst aus den Kinderschuhen herausgewachsen (mehr ab Seite 25). Auch in einem anderen Bereich haben wir die Nase vorn: Während der Notstand in der Pflege intensiv diskutiert und auf Hochdruck nach Lösungen gesucht wird, hilft man sich in unseren Landkreisen selbst (ab Seite 39). „Einfach machen“ ist die Devise – und die könnte nicht nur in diesem Bereich als Muster für jegliches kommunalpolitisches Handeln stehen.

Mit starken Partnern geht es natürlich einfacher. Wir blicken deswegen mit Spannung auf die Ergebnisse der Bayerischen Landtagswahl und die Kommunalfreundlichkeit des künftigen Regierungsprogramms von 2023 bis 2028!

Herzliche Grüße,
Ihre

Andrea Degl



In Brüssel stark für die Heimat – Landrat Thomas Habermann im Europäischen Ausschuss der Regionen

Von Melanie Hofmann, Medienkommunikation Landkreis Rhön-Grabfeld

Der Erste Vizepräsident des Bayerischen Landkreistags ist Präsidiumsmitglied im Ausschuss der Regionen und setzt sich dort für die Interessen der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften im europäischen Entscheidungsfindungsprozess ein. Doch was bedeutet das eigentlich genau? Ende Mai erhielten zwei Journalisten die Möglichkeit, ihn auf einer seiner Reisen nach Brüssel zu begleiten. Es boten sich interessante Einblicke in die internationale Politik und welchen Einfluss „einer von uns“ darauf tatsächlich nehmen kann.

Direkte Auswirkung der EU-Rechtsvorschriften auf die Kommunen

Wenn die Rede davon ist, dass Europa vor großen Herausforderungen steht, die gemeinsam geschultert werden müssen, klingt das immer erst einmal sehr abstrakt und gefühlt sehr weit weg. Doch die Auswirkungen der auf europäischer Ebene beschlossenen Richtlinien und Verordnungen spüren vor allem die Kommunen und Regionen in den einzelnen Mitgliedsstaaten ganz konkret. Denn hier wirken sich die Rechtsvorschriften der EU vom Umgang mit Flüchtlingskrisen über Maßnahmen, um dem Klimawandel in seinen verschiedenen Facetten zu begegnen, bis hin zur berühmten Gurkenkrümmungsverordnung direkt aus. Rund 70 Prozent aller in Brüssel oder Straßburg verabschiedeten Regelungen haben regionalen oder lokalen Bezug und müssen vor Ort umgesetzt werden. Ein Grund mehr, Regional- und Kommunalvertreter in den europäischen Entscheidungsfindungsprozess mit einzubinden.

Der europäische Ausschuss der Regionen (AdR)

Der AdR ist die Versammlung der Regional- und Kommunalvertreter aus allen 27 EU-Mitgliedsstaaten. Damit ist er das Sprachrohr der örtlichen Interessen.

1994 auf der Grundlage des Vertrags von Maastricht eingerichtet, hat er die Aufgabe, die regionalen und lokalen Gebietskörperschaften in den Beschlussfassungsprozess der EU einzubinden und sie über die EU-Politik zu informieren.

Der AdR bildet mit seinen 329 Mitgliedern damit die Interessensvertretung der regionalen Ebene im europapolitischen Prozess. 24 Sitze davon besetzen deutsche Mandatsträger. Drei Sitze stehen den Kommunalen Spitzenverbänden Deutscher Städtetag, Deutscher Städte- und Gemeindebund und Deutscher Landkreistag zu, die restlichen stehen den Bundesländern zur Verfügung.

Für den Deutschen Landkreistag sitzt seit 2017 der Rhön-Grabfelder Landrat Thomas Habermann im AdR. 2022 wurde er in das Präsidium des AdR benannt. In der Praxis bedeutet dies, nahezu monatlich in Brüssel an Sitzungen und Terminen teilzunehmen, um die Interessen der 294 deutschen Landkreise nachdrücklich zu vertreten.

Alle 329 Mitglieder und 329 stellvertretenden Mitglieder des Europäischen Ausschusses der Regionen müssen entweder ein auf Wahlen beruhendes Mandat innehaben oder in ihrer Heimatregion beziehungsweise Heimatstadt gegenüber einer gewählten Versammlung politisch verantwortlich sein.



Der Landrat des Landkreises Rhön-Grabfeld Thomas Habermann ist seit dem 14. Oktober 2017 im AdR aktiv. Er ist als Mitglied für den Deutschen Landkreistag im Ausschuss der Regionen vertreten und Mitglied der Fraktion der Europäischen Volkspartei. Landrat Habermann ist seit dem 14. Oktober 2017 in der Fachkommission ECON (Fachkommission für Wirtschaftspolitik) und seit dem 5. September 2022 in der Fachkommission COTER (Fachkommission für Kohäsionspolitik und EU-Haushalt) vertreten. Zudem ist er Mitglied des AdR-Präsidiums, in der IG Zukunft der Automobilindustrie und der Deutschen Delegation. (Foto: StMin Melanie Huml).

Die politische Agenda ist vielschichtig

Am Morgen des 23. Mai 2023 geht es für Thomas Habermann von Frankfurt aus mit dem Zug nach Brüssel. Im Gepäck hat er einen eng getakteten Terminplan. Drei Tage lang wird er diesmal vor Ort sein. Im Fokus steht die 155. Plenartagung des AdR, auf der er eine Stellungnahme über den Standpunkt der regionalen und lokalen Ebene über die Halbzeitüberprüfung des Mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) der EU abgeben wird. Er ist seit 2017 Mitglied der Fachkommission für Wirtschaftspolitik im AdR (ECON) und seit 2022 zusätzlich in der Fachkommission für Kohäsionspolitik und EU-Haushalt (COTER) aktiv.

Angekommen in Brüssel geht es direkt in die Sitzung der EVP-Fraktion des AdR-Präsidiums. Das Gebäude in der Rue Belliard ist einen Steinwurf vom Sitz des Europäischen Parlaments entfernt. Dazwischen liegt nur die Bayerische Landesvertretung. Auch hier ist Habermann, der auch Vizepräsident des Bayerischen Landkreistags ist, in diesen Tagen zu zwei Veranstaltungen geladen. Doch zunächst geht es schnellen Schrittes vom AdR weiter in das Europabüro des Deutschen Landkreistags, um sich mit dem Präsidium des Niedersächsischen Landkreistags und Matthias Wunderling-

Weilbier, Staatssekretär im Niedersächsischen Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung, auszutauschen. „Sich zu vernetzen, miteinander über die verschiedenen Themen, Interessen und Argumentationen zu sprechen, ist hier in Brüssel ebenso entscheidend für die politische Arbeit wie auf lokaler Ebene“, erklärt Habermann. Zurück im AdR-Gebäude nimmt er an der Präsidiumssitzung des Ausschusses der Regionen in Vorbereitung auf die nächsten Plenartage teil, bevor der erste Tag in Brüssel für Habermann in der Vertretung des Freistaates Bayern mit

der Veranstaltung „5 Jahre DSGVO: Immer noch ein Maßstab in der digitalen Landschaft der EU?“ endet. Unter anderem berichtet Didier Reynders, Kommissar für Justiz in der Europäischen Kommission, über geplante neue Rechtsvorschriften, mit denen bestimmte Verfahren der Zusammenarbeit zwischen Datenschutzbehörden in grenzüberschreitenden Fällen harmonisiert werden.

Gemeinsam für starke Regionen in Europa

Tags darauf beginnt für Thomas Habermann der Arbeitstag in Brüssel mit Vorbereitungssitzungen auf die bevorstehende Plenartagung. Zunächst in der EVP-Fraktion des AdR; anschließend trifft sich die deutsche Delegation im AdR. Es gilt, auf den verschiedenen Ebenen die Interessen abzustimmen. Einig sind sich die Mitglieder des AdR, unabhängig ihrer Partei- oder Landeszugehörigkeit, dass europäisches Recht die Auswirkungen und Folgen für kommunale Gebietskörperschaften stärker berücksichtigen und angemessene Mittel zur Umsetzung der Vorgaben zur Verfügung stehen müssen.

Auf zwei Tage ist die Tagung in den Räumlichkeiten der Europäischen Kommission im Charlemagne-Gebäude



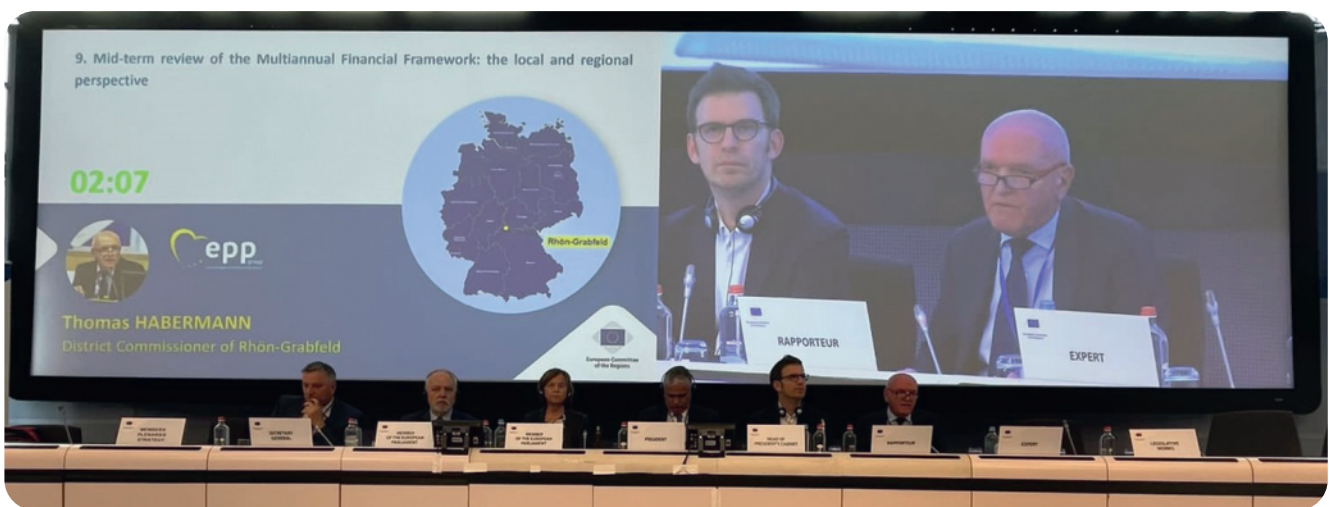
Am Rande der Sitzung der EVP-Fraktion im AdR tauschen sich (v.l.n.r.) die Bayerische Staatsministerin für Europa und Internationales, Melanie Huml, mit Landrat Thomas Habermann sowie dem Hessischen Staatsminister für Europa, Uwe Becker, aus. Begleitet wird Habermann während dieses Brüssel-Aufenthalts von zwei Journalisten. (Foto: Melanie Hofmann / Landkreis Rhön-Grabfeld)

aufgeteilt. Für den 24. Mai gilt es, für die 329 Mitglieder des AdR zunächst die Förderung von Gleichstellung, Vielfalt und Inklusion auf lokaler und regionaler Ebene im Kontext des europäischen Monats der Vielfalt zu debattieren, ehe es um Krisenvorsorge und Krisenbewältigung im Bereich der Gesundheitsversorgung geht. Deutlich wird, dass die Resilienz der Union sowie vor allem ihrer Regionen und Kommunen gestärkt wer-

den muss. Nach der Erörterung und Verabschiedung einer Stellungnahme bezüglich eines Kommissions-Vorschlages für eine Verordnung über Maßnahmen für ein hohes Maß an Interoperabilität des öffentlichen Sektors innerhalb der EU folgt die Debatte über die Halbzeitüberprüfung des Mehrjährigen Finanzrahmens der Europäischen Union.

Europäischer Haushalt auf dem Prüfstand

Zwei Jahre nach seiner Verabschiedung bietet der MFR 2021-27 keine ausreichenden Antworten auf die Auswirkungen der Corona-Pandemie, die Folgen der russischen Invasion in der Ukraine, die hohe Inflation und den starken Anstieg der Energiekosten. Die von der Europäischen Kommission vorgesehene Halbzeitüberprüfung des langfristigen Haushaltsplans sollte sich daher an den Bedürfnissen der Regionen und Städte vor Ort orientieren und den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt fördern. Dies sind die zentralen Forderungen, die Berichterstatter Thomas Habermann in seiner Initiativstellungnahme formuliert. „Wir müssen sicherstellen, dass die für die Umsetzung der EU-Vorschriften zuständigen Ebenen über die notwendigen finanziellen Mittel verfügen. Es kann und wird nicht ausreichen, nur den Haushalt der Europäischen Union zu stärken, ohne gleichzeitig die subnationalen Haushalte zu unterstützen“, erklärt Habermann. Auch die anwesenden Ko-Berichterstattenden aus dem Europäischen Parlament, Margarida Marques und Jan Olbrycht fordern eine solide Überarbeitung des MFR.



„Der aktuelle Mehrjährige Finanzrahmen der EU muss vor dem Hintergrund der aktuellen Krisen grundlegend überarbeitet werden“, fordert Landrat Thomas Habermann in seiner Stellungnahme im Rahmen der 155. Plenartagung des Europäischen Ausschusses der Regionen, welche erfolgreich von den Mitgliedern verabschiedet wurde. (Foto: Melanie Hofmann / Landkreis Rhön-Grabfeld)

Mit der erfolgreichen Verabschiedung der Stellungnahme betont der AdR, dass der Schwerpunkt bei der Überarbeitung des MFR auf einer möglichst effizienten und effektiven Nutzung der Ressourcen durch eine verbesserte Koordinierung, Kohärenz und Konsolidierung der Finanzierungsprogramme liegen, während gleichzeitig die Komplexität und der Verwaltungsaufwand für die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften verringert werden sollten.

Nach der Debatte über die Halbzeitüberprüfung folgte zum Abschluss des ersten Sitzungstages der AdR-Plenartagung die Erörterung und Verabschiedung einer Stellungnahme über den Grundsatz zur Sicherung des Zusammenhalts im Rahmen der EU-Regionalpolitik. Für Landrat Habermann endet der Tag im Anschluss erneut in der Bayerischen Landesvertretung mit interessanten Gesprächen rund um eine Maibaumaufstellung. Denn auch regionaler Brauchtum wird im europäischen Kontext gepflegt.



In der Bayerischen Landesvertretung in Brüssel wird nicht nur Politik im Zentrum der Europäischen Institutionen gemacht, sondern auch Brauchtum, wie hier bei der Maibaumaufstellung, gelebt. Landrat Thomas Habermann (2. v. l. stehend) nutzt den Abendtermin einmal mehr, um europapolitische Ideen und Vorstellungen zu diskutieren. (Foto: Melanie Hofmann / Landkreis Rhön-Grabfeld)

Am zweiten Tag der AdR-Plenartagung geht es thematisch vielschichtig weiter: Nach der Erörterung und Verabschiedung von Stellungnahmen zur vollständigen Beseitigung von Langzeitarbeitslosigkeit, folgen Debatten über Wasserknappheit und Dürren, die Umsetzung eines EU-Fahrplans für Wasserstofftähler sowie über ein widerstandsfähigeres, inklusiveres und demokratischeres Europa. Minutenlanges Beifall ist im gesamten Kommissions-Gebäude zu hören, nachdem der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj mit einer Videobotschaft übertragen wurde. In seiner Rede an die Mitglieder des AdR bedankt er sich für die europäische Unterstützung im Krieg gegen Russland und betont wie wichtig und hilfreich die Zusammenarbeit von europäischen Regionen und Kommunen für die Städte und Gemeinschaften in der Ukraine sind.

Tatsächlich ist es das internationale Miteinander mit regionaler Orientierung, was die Arbeit des Ausschusses der Regionen im Zusammenwirken mit den weiteren europäischen Institutionen besonders wertvoll macht. Davon ist Landrat Thomas Habermann einmal mehr überzeugt nach diesen drei intensiven Tagen in Brüssel.

Die regionalen Stimmen werden gehört

Die regionalen Stimmen werden gehört

Am 20. Juni 2023 hat die Europäische Kommission ihre Halbzeitbewertung des MFR vorgelegt, in der sie eine Vielzahl der Vorschläge aus Landrat Habermanns AdR-Stellungnahme aufgenommen hat. Eine Aufstockung des EU-Haushaltes soll dazu beitragen, Krisen besser bewältigen zu können. Unter anderem soll eine Aufbaufazilität für die Ukraine begründet werden. Zudem sollen zusätzliche Mittel für die Herausforderungen im Bereich der Migrationspolitik sowie für eine Krisenreserve verwendet werden. Eine Plattform für strategische Technolo-



Standing Ovations nach der Video-botschaft des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj an die Mandatsträger im AdR. (Fotos: Melanie Hofmann / Landkreis Rhön-Grabfeld)

gien für Europa soll u.a. unter Einsatz von Kohäsionsmitteln Investitionen in kritische Technologien (u.a. Digitalisierung & Biotechnologie) befördern. Weitere Mittel dienen zur Deckung der Kosten in Zusammenhang mit den Schulden für den Wiederaufbaufonds. Am selben Tag legte die Europäische Kommission auch einen Vorschlag für eine Unternehmensbesteuerung zur Erhöhung der EU-Eigenmittel vor.

Die vorgeschlagenen Änderungen des Haushaltsplans sowie die Legislativvorschläge wurden dem Europäischen Parlament und den EU-Mitgliedstaaten im Rat vorgelegt. Im September werden die EU-Länder die Beratungen wiederaufnehmen, jedoch sorgt der Vorschlag, mehr Geld für den EU-Haushalt bereitzustellen, schon vorab für kritische Stimmen. Geplant war ursprünglich, dass die Verhandlungen vor Ende des Jahres abgeschlossen sein dürften. Doch in Anbetracht der intensiven Debatte könnten die Beratungen und Verhandlungen bis in 2024 andauern.

Die Mitglieder kommen fünf bis sechs Mal jährlich nach Brüssel zur Plenartagung, um politische Prioritäten zu erörtern und um Stellungnahmen zu vorgeschlagenen Rechtsvorschriften zu debattieren und Entscheidungen über weitere Maßnahmen zu verabschieden, die die EU ergreifen soll. Die Mitglieder gehören



entsprechend ihrer Parteizugehörigkeit einer Fraktion – EVP, SPE, Renew Europe, EKR, EA, The Greens – und entsprechend ihren Fachgebieten bestimmten Fachkommissionen an.

Interview

mit Landrat Matthias Dießl,
Fürth



Anfang Juli wurde der derzeitige Landrat des Landkreises Fürth, Matthias Dießl, zum nächsten Präsidenten des Sparkassenverbands Bayern gewählt. Mit einstimmigem Ergebnis wurde im Verbandsverwaltungsrat der Institution beschlossen, dass er am 1. Januar 2024 die Nachfolge von Prof. Dr. Ulrich Reuter antreten wird.

Damit kehrt der Diplom-Kaufmann und Bankkaufmann sozusagen zu seinen Wurzeln zurück. 1996 startete er seinen beruflichen Weg mit einer Ausbildung bei der Stadtsparkasse Fürth und blieb dieser in verschiedenen Funktionen bis zu seiner Wahl zum Landrat 2008 treu. Berufsbegleitend absolvierte er ein Studium an der Fernuniversität Hagen in Ausbildungskombination mit der Sparkassenakademie.

Als zweiter Verbandsvorsitzender und Mitglied des Verbandsverwaltungsrates des Sparkassenverbands Bayern ist er nah dran an den Sparkassen. Beim Bayerischen Landkreistag ist er u.a. als Vorsitzender des Bezirksverbands Mittelfranken, aber auch als Leiter der Projektgruppe "Organisation/eGovernment" im Bayerischen Innovationsring im Bereich von eGovernment für die Landratsämter sehr engagiert.

„Es werden vor allem die Begegnungen mit den Menschen sein, die ich am meisten vermissen werde“

Was werden Sie als Landrat a.D. besonders vermissen?

Der Landkreis Fürth liegt mir sehr am Herzen und meine Aufgabe als Landrat habe ich immer mit großer Freude und Leidenschaft für die Menschen vor Ort ausgefüllt. Neben der Möglichkeit, wichtige Dinge für das Leben in der Heimat aktiv gestalten zu können, werden es vor allem die vielen Begegnungen mit den Menschen sein, die ich am meisten vermissen werde. Das bürgerschaftliche Engagement ist im Landkreis Fürth eine feste Säule und es hat mir immer große Freude gemacht, beispielsweise mit Ehrenamtlichen – sei es bei den Freiwilligen Feuerwehren oder den vielen Vereinen – im direkten Austausch zu sein und Menschen helfen zu können.

Was hat Ihre Zeit als Landrat geprägt?

Grundsätzlich war jede der drei Amtszeiten anders. In der Kommunalpolitik ist es so, wie in vielen anderen Bereichen. Man muss sich oft auf neue Begebenheiten einstellen, die man selbst nur bedingt beeinflussen kann und auch mit überraschend auf einen zukommenden Themen umgehen. Eine Finanzkrise oder die Herausforderungen der Flüchtlingskrise sind nur einige Beispiele dafür. Und bei der Wahl in meine dritte Amtszeit hat auch noch niemand mit einer weltweiten Pandemie gerechnet oder mit einem Krieg in Europa, beides hatte enorme Auswirkungen auf das Handeln vor Ort.

Hat sich die Kommunalpolitik seit Ihrem ersten Wahlsieg 2008 verändert?

Ja. Ich habe den Eindruck, dass alles noch schneller geht und dass von allen, die in der Kommunalpolitik wirken, auch immer mehr abverlangt wird. Natürlich ist auch die örtliche Politik bunter geworden und wir müssen uns immer mehr mit Positionen, die nicht mehr in der politischen Mitte angesiedelt sind, auseinandersetzen. Für mich konkret bedeutet es auch, dass wir mehr Fraktionen im Kreistag vertreten haben und leider manche Vorstöße von Fraktionen nicht immer an der Sache für das Kollegialorgan orientiert sind.



Welche Trends und Herausforderungen sehen Sie auf die Sparkassen zukommen?

Die Sparkassen müssen sich fair, regional und digital aufstellen. Gerade die regionale Verwurzelung ist die DNA der Sparkasse und ein Alleinstellungsmerkmal. Dabei spielen faire Beratung und faire Preise eine sehr wichtige Rolle. Gleichzeitig sichern wir so seit teilweise über 200 Jahren die regionale Wertschöpfung im Finanzdienstleistungsbereich vor Ort. Das ist für die Region nachhaltig. Daneben ist es wichtig, die Bestrebungen der Sparkasse als digitaler Marktführer weiter auszubauen.

Welchen Rat geben Sie einem Nachfolger mit auf den Weg?

Ich bin immer sehr gut damit gefahren, nahe bei den Menschen zu sein. Dies hat mir ermöglicht, Anliegen

„ungefiltert“ mit zu bekommen. Es ist wichtig, dass man insgesamt Lösungen für die breite Mehrheit findet, auch wenn dies zur Folge hat, dass manchmal Einzelinteressen hinten anstehen müssen. Als Landrat muss man den Blick auf den gesamten Landkreis bewahren.

Was wünschen Sie Ihren Kolleginnen und Kollegen beim Bayerischen Landkreistag?

Ich wünsche den Kollegen beim Bayerischen Landkreistag viel Erfolg und Kraft für die anstehenden Aufgaben und Herausforderungen und ich persönlich wünsche mir, dass wir auch in meiner neuen Funktion im engen Austausch bleiben und uns weiterhin eng verbunden sind.



Der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Thomas Karmasin, Fürstfeldbruck, mit dem designierten Präsidenten des Sparkassenverbands Bayern, Landrat Matthias Dießl, Fürth

Förderprogramme für Kommunen vereinfachen – weniger ist mehr



Von Klaus Geiger, Referent für Finanzen, Organisation und digitale Verwaltung beim Bayerischen Landkreistag

Förderprogramme sind grundsätzlich sinnvoll, um die Kommunen bei ihrer Aufgabenerfüllung zu unterstützen. Zudem stellen sie neben den kommunalen Steuereinnahmen und den Finanzausgleichsleistungen eine wichtige Finanzierungssäule dar. Die derzeitige Förderlandschaft mit ihren kleinteiligen Programmen und hohen bürokratischen Anforderungen hat inzwischen aber ein Ausmaß und eine Komplexität erreicht, die die Kommunen an ihre administrativen Grenzen bringt und oftmals auch überfordert.

Die Kommunalen Spitzenverbände setzen sich daher dafür ein, dass die Förderprogramme den Bedarfen und Umsetzungsmöglichkeiten der Kommunen besser gerecht werden und haben hierzu ein Diskussionspapier mit den folgenden 10 Forderungen vorgelegt:

1. Überprüfung der Vielzahl der Förderprogramme

Die Anzahl der Förderprogramme für Kommunen ist in den vergangenen Jahren stark angestiegen. Da die Förderungen häufig auch die kommunalen Pflichtaufgabenbereiche (insbesondere im Bildungsbereich) betreffen und es sich in der Regel um komplexe Einzelförderungen handelt, hat sich die Zahl der laufenden Förderverfahren und der damit einhergehende Verwaltungsaufwand in den Kommunen massiv erhöht. Zur Vereinfachung der Förderprozesse sollen nach Möglichkeit pauschalisierte Förderansätze in Betracht gezogen werden. Dies gilt vor allem für Förderzwecke, die die Kommunen flächendeckend betreffen.

2. Planungssicherheit und angemessenes Fördervolumen

Die Förderzeiträume sind so zu bemessen, dass die Kommunen Planungssicherheit bei längerfris-

tigen Projekten bzw. Projekten mit langer Vorlaufzeit haben. Ein denkbarer Ansatz zur Verbesserung der Planungssicherheit sind gemeinde-, landkreis- bzw. bezirksscharfe Förderbudgets, die über einen längeren Zeitraum zur Verfügung stehen. Das Fördervolumen hat sich zudem am erforderlichen und realistischen Förderbedarf zu orientieren. Förderprogramme mit niedrigen Fördersätzen bzw. mit einem hohen Eigenanteil sind mit Blick auf den damit verbundenen Vollzugsaufwand einer strengen Kosten-Nutzen-Kontrolle zu unterziehen.

3. Klare Vorgaben für Förderprogramme und mehr Flexibilität

Förderprogramme sollten klar, schlank und einfach umsetzbare Anforderungen definieren. Daneben ist sicherzustellen, dass Förderprogramme ausreichend Flexibilität und den notwendigen Spielraum zur Entwicklung innovativer Konzepte ermöglichen. Eine Kompatibilität bzw. Kumulationsfähigkeit mit anderen Förderprogrammen muss im Einzelfall möglich sein. Regionale Besonderheiten sollen Berücksichtigung finden können.

4. Rechtzeitige Einbeziehung der Förderempfänger

Die Kommunen als Förderempfänger müssen bereits bei der Erarbeitung von neuen Förderprogrammen rechtzeitig und mit angemessener Reaktionszeit über die Kommunalen Spitzenverbände einbezogen werden. Dies gilt auch für die Fortentwicklung bestehender Förderverfahren.

5. Realistische Umsetzungsfristen und mehr Kontinuität

Gerade bei Sonderinvestitionsprogrammen werden von Bund und Ländern in den Förderbestimmungen enge Antrags-, Abruf- und Fertigstellungsfristen festgelegt. Die Terminvorgaben sollen häufig sicherstellen, dass die Programme schnell und möglichst in der laufenden Legislaturperiode in die Umsetzung kommen. Allerdings wird es immer schwieriger, diese Fristen in der kommunalen Praxis einzuhalten, z.B. aufgrund von Vorlaufzeiten bei Neubau- und Ausbauprojekten (Planung, Genehmigung und Ausschreibung) bis zur Abwicklung des Baus (Lieferschwierigkeiten bei Rohstoffen etc.).



Förderprogramme müssen deshalb von Beginn an mit realistischen Umsetzungsfristen aufgelegt werden.

Um die Umsetzung von förderfähigen Projekten zu beschleunigen, müssen auch ggf. notwendige Verwaltungsvereinbarungen zwischen Bund und Ländern zeitnah abgeschlossen werden. Während dieser Zeit sind die Kommunen nicht handlungsfähig. Als aktuelle Beispiele dienen die sehr langen Bund-Länder-Verhandlungen anlässlich der Investitionsprogramme zum Ausbau ganztägiger Bildungs- und Betreuungsangebote für Kinder im Grundschulalter.

6. Evaluierung und Fortschreibung von Förderprogrammen

Förderprogramme sind regelmäßig zu evaluieren und fortzuschreiben. Dabei ist auch zu gewährleisten, dass Kostenrichtwerte, Förderhöchstbeträge usw. an die aktuellen Entwicklungen angepasst werden. Es ist darauf zu achten, dass Kostenrichtwerte nicht nur auf Basis von Baukostenindizes aktualisiert, sondern auch hinsichtlich der technischen, energetischen und funktionalen Anforderungen angepasst werden. Dies gilt insbesondere bei der Förderung von Schulen und Kindertagesstätten. In den letzten Jahren haben hier die Diskrepanzen zwischen den förderfähigen Kosten und den tatsächlichen Bauausgaben deutlich zugenommen. Mit der Folge, dass die realen Fördersätze deutlich unter den nominalen Bewilligungsfördersätzen liegen und die zu erbringenden Eigenfinanzierungsanteile der Kommunen stetig zunehmen.

7. Mehr Finanzierungssicherheit beim kommunalen Eigenanteil

Es ist darauf zu achten, dass sich der in der Bewilligung festgelegte Eigenanteil während eines laufenden Förderverfahrens nicht außer Verhältnis erhöht. Für von der Kommune nicht zu vertretende Baukostensteigerungen sind angemessene Nachschussförderungen notwendig. Dies gilt es beispielsweise durch Kostenrichtwerte, die den Baufortschritt berücksichtigen, sicherzustellen.

8. Schaffung einer Anlaufstelle „Förderlotsen“

Bei den Regierungen wird eine zentrale spezialisierte und mit ausreichenden Personalkapazitäten versehene Anlaufstelle „Förderlotsen“ geschaffen. Die Förderlotsen sollten in der Lage sein, die Kommunen bezüglich passender Förderprogramme der

EU, des Bundes und des Freistaats Bayern zu beraten.

9. Schaffung einer zentralen Förderplattform

Über die bisher bereits bestehenden Angebote hinaus wird eine zentrale Förderplattform eingerichtet, die eine einfache, verständliche, aktuelle und übersichtliche Aufbereitung der entscheidungsrelevanten Inhalte der bayerischen Förderprogramme beinhaltet. Dargestellt werden sollen insbesondere die Fördervoraussetzungen, die Zuwendungsempfänger, der Fördersatz, das Fördervolumen, die zu beachtenden Umsetzungsfristen und die zuständigen Anlaufstellen.

10. Antrags- und Nachweispflichten „so viel wie nötig, aber so wenig wie möglich“

Diesem Grundsatz ist sowohl beim Förderinhalt, beim Förderverfahren, insbesondere aber auch bei den Antrags- und Nachweispflichten vollumfänglich Rechnung zu tragen. Förderhöhe und Aufwand müssen in einer angemessenen Relation zueinander stehen. Daten und Kostenangaben werden nur in der Detailtiefe gefordert, wie sie zum Zeitpunkt der Antragstellung regelmäßig vorliegen können. Bei der Prüfung wird auf die Kriterien Prüfbarkeit, Ziel- und Erfolgskontrolle abgestellt. Dokumentationsanforderungen, Berichts- und Nachweispflichten werden eindeutig beschrieben und tragen dem Grundgedanken der Angemessenheit und Verhältnismäßigkeit Rechnung.

Für eine kraftvolle Selbstverwaltung braucht es nicht mehr Förderprogramme, sondern in erster Linie eine aufgabengerechte Finanzausstattung der Kommunen mit laufenden, nicht zweckgebundenen Mitteln (z.B. Schlüsselzuweisungen). Eine Anhebung der Verbundquote im kommunalen Finanzausgleich würde die kommunale Selbstverwaltung stärken und die gerade in Krisenzeiten dringend notwendige Handlungsfähigkeit der Kommunen verbessern. Dies kann auch mit einer Reduzierung von Förderprogrammen einhergehen. In diesem Sinne werden wir uns weiter einsetzen.

Brandbrief des Präsidenten des Bayerischen Landkreistags im Namen der 71 bayerischen Landrätinnen und Landräte an Prof. Dr. Karl Lauterbach, Bundesminister für Gesundheit vom 25. Juli 2023

Auswirkungen der geplanten Reform der Krankenhausvergütung auf die medizinische Versorgung im ländlichen Raum

Sehr geehrter Herr Prof. Lauterbach,

im Namen der 71 bayerischen Landrätinnen und Landräte wende ich mich an Sie, um unsere große Sorge zum Ausdruck zu bringen, dass die an sich richtige Reform der Krankenhausvergütung in den vorliegenden Eckpunkten irreparable Schäden in der akutstationären Grund- und Regelversorgung in den ländlichen Regionen verursacht.

Zahlreiche bayerische Landkreise sehen aktuell hohe Betriebskostendefizite ihrer Häuser. Sie können diese keinesfalls bis zum Abschluss der Konvergenzphase schultern. Es droht eine willkürliche Schließung von Krankenhäusern in der Fläche, bei denen wir später nach der Anpassung der Krankenhausplanung erkennen, wie notwendig ihre Existenz – nicht zuletzt als Zielkrankenhäuser für die notfallmedizinische Versorgung – gewesen wäre.

Die Logik des Reformprozesses muss daher angepasst werden: Zunächst müssen die Liquiditätsengpässe aufgrund der Preissteigerungen und Tarifabschlüsse, die die Krankenhäuser und ihre Träger nicht zu verantworten haben, geschlossen werden. Wir fordern Sie unmittelbar zur Bereitstellung und Freigabe der dafür benötigten Mittel auf! Dann sind mit der Definition der Leistungsgruppen und ihrer Qualitätskriterien die Rahmenbedingungen für die Krankenhausplanung der Länder zu schaffen, um die Auswirkungen der Reform auf die Krankenhauslandschaft konkret beurteilen zu können. Erst dann können die notwendigen Strukturentscheidungen sinnvoll und zukunftsfähig getroffen werden.

Wir halten eine übereilte und isolierte Reform der Krankenhausvergütung bei aller Anerkennung ihrer grundlegenden Notwendigkeit für den falschen Weg. Die vom Bund und der Mehrheit der Länder am 10.07.2023 beschlossenen Eckpunkte unterschätzen die Bedeutung der Krankenhäuser der Grund- und Regelversorgung sowohl für die notfallmedizinische als auch für die ambulante niedergelassene Versorgung.

Auch eine Reform der Notfallversorgung muss von Anfang an mitgedacht werden. Sonst wird es für die Rettungsdienste künftig noch schwieriger werden, ihren Auftrag zu erfüllen. Diese stehen schon heute aufgrund einer gewachsenen Anspruchshaltung, schwindender Gesundheitskompetenz der Bevölkerung sowie langer Wartezeiten bei der Gesundheitsversorgung im ambulanten Bereich enorm unter Druck.

Krankenhausärzte übernehmen heute 80% und mehr der Notarzteinsätze im ländlichen Raum. Sie sind von ihren Kliniken dafür ausgebildet und werden dafür freigestellt. Wie soll eine Sicherstellung in der Fläche nach Schließung zahlreicher Häuser zukünftig noch gelingen? Zudem klagen die Leistungserbringer des Rettungsdienstes schon heute über 30% Fehleinsätze aufgrund falscher Alarmierungen. Wird das Netz von Zielkliniken unkoordiniert und drastisch ausgedünnt, verlängern sich die Wegstrecken für die Rettungswagen deutlich, was die Alarmierung für weitere Einsätze verhindert. Selbst wenn mit Augenmaß und geplant die Krankenhauslandschaft ausgedünnt wird, müssen parallel zur Weiterentwicklung kleinerer Standorte, die mit dem medizinischen Fortschritt nicht mehr mithalten können, die größeren Häuser in den Zentren sowohl personell als auch baulich ertüchtigt werden. Ohne entsprechende Kapazitätserweiterungen wird es zu erheblichen Versorgungsengpässen kommen. Bei Herzinfarkt und Schlaganfall zählt aber jede Minute!

Gerade diesen notfallmedizinischen und rettungsdienstlichen Aspekten wird beim jetzigen Planungsstand der Reform der Krankenhausvergütung aus unserer Sicht viel zu wenig Beachtung geschenkt.

Ähnliches gilt für die Bedeutung der Krankenhäuser der Grund- und Regelversorgung für die Aus- und Weiterbildung des pflegerischen und ärztlichen Personals. Die Aussage im Eckpunktepapier, dass die sog. sektorenübergreifenden Versorger (Level 1i-Häuser) zukünftig wesentlicher Bestandteil in der ärztlichen und pflegerischen Aus- und Weiterbildung sein sollen, hal-



ten wir zumindest für die ärztliche Weiterbildung für unrealistisch. Selbst wenn die Weiterbildungsordnungen dazu entsprechend geändert werden, erscheint die Attraktivität dieser Häuser zu gering für die haus- und fachärztliche Weiterbildung. Diese wird dann noch stärker an die großen Häuser in die Ballungszentren verlagert, was die Niederlassungsbereitschaft junger Ärzte gerade im hausärztlichen Bereich im ländlichen Raum zusätzlich gefährden wird.

Nach unserer Einschätzung werden die Konzentrationsprozesse in der Krankenhauslandschaft auch nicht dazu führen, dass Pflegefachkräfte längere Arbeitswege in Kauf nehmen und die offenen Stellen in großen Kliniken besetzen. Aufgrund ihrer ausgeprägten Standorttreue werden sie vielmehr in andere pflegerische Tätigkeiten wechseln oder dem Gesundheitssystem ganz verloren gehen.

Insgesamt erscheinen uns die geplanten sektorenübergreifenden Versorger allenfalls im Einzelfall als sinnvolle Perspektive für kleine Grund- und Regelversorger, die mit dem medizinischen Fortschritt nicht mithalten können. Wenn – wie im Eckpunktepapier an gleicher Stelle ausgeführt – die Attraktivität der Level 1i-Häuser als Arbeitgeber über eine weitgehende Entbürokratisierung erhöht werden soll, wird ein zusätzliches Defizit der Reformüberlegungen aus unserer Sicht deutlich. Der ambulante Sektor und die dortigen Reformbedarfe werden viel zu wenig in den Blick genommen!

Dass Deutschland international Spitzenreiter bei stationären Eingriffen ist, liegt nicht allein am Mengeneffekt des Systems der DRG-Fallpauschalen, sondern primär an der ungenügenden Patientensteuerung unseres Systems. Stationäre Fälle „fallen nicht vom Himmel“: Die Patienten werden entweder vom Rettungsdienst in das Krankenhaus eingeliefert, sie suchen selbstständig die Notaufnahmen auf oder sie werden von niedergelassenen Ärzten ins Klinikum eingewiesen. Die Verantwortung für die aus diesen Szenarien resultierenden stationären Aufenthalte sucht die Politik jedoch allein bei den behandelnden Krankenhäusern. Wer den sektorenübergreifenden Versorgern eine Entbürokratisierung verspricht und die Ambulantisierung stationärer Leistungen voranbringen will, muss auch im ambulanten Bereich Reformen anschieben!

Angesichts der heute schon vielfach feststellbaren Versorgungsdefizite im niedergelassenen fach- und hausärztlichen Bereich stellt sich uns zudem die Frage, welche Ärzte im ländlichen Raum das Potential der Ambulantisierung heben sollen und wer sich um die Nachsorge für die meist älteren Patienten nach deren

Entlassung aus dem Krankenhaus kümmern soll. Die mit dem Referentenentwurf zu einem Gesundheitsversorgungsstärkungsgesetz vorgeschlagenen Instrumente schaffen allenfalls neue Strukturen, die wieder nur Personal in der Verwaltung bzw. im Overhead binden werden. Notwendig wäre es stattdessen, Leistungen der Gesundheitsförderung, der Prävention und für eine bessere ambulante Versorgung zu definieren. Mit diesen Maßnahmen ließe sich nach unserem Dafürhalten die Zahl der stationären Eingriffe tatsächlich senken.

Sehr geehrter Herr Bundesminister, Sie haben auf Bundesebene vor zwanzig Jahren maßgeblich an der Einführung der DRG-Fallpauschalen mitgewirkt und haben heute selbst erkannt, was wir mit unserer deutschen Gründlichkeit aus diesem System gemacht haben. Halten Sie vor diesem Hintergrund die Entbürokratisierung als eines der zentralen Ziele für die Krankenhausreform tatsächlich für realistisch? Das geplante Transparenzgesetz, die zukünftige Dreigliedrigkeit der Betriebskostenfinanzierung aus Vorhaltebudget incl. Pflegebudget und abgesenkten DRG-Fallpauschalen und insbesondere die regelmäßigen Prüfungen der Einhaltung der Qualitätskriterien der Leistungsgruppen werden trotz aller gut gemeinten Absichtserklärungen einen erheblichen Verwaltungsmehraufwand auslösen und wir können nicht erkennen, an welchen Stellen Bürokratie wegfallen könnte. Wie soll dadurch dem ursprünglichen Ziel der Krankenhausreform, dem demografischen Wandel und dem sich verschärfenden Fachkräftemangel zu begegnen, Rechnung getragen werden?

Im Namen der bayerischen Landrätinnen und Landräte appelliere ich an Sie, unsere Sorgen um die Versorgungssicherheit im ländlichen Raum bei der Ausgestaltung des Gesetzentwurfs zu berücksichtigen. Gerne laden wir Sie zeitnah nach Bayern ein, um mit Ihnen über diese Punkte zu sprechen.

Mit freundlichen Grüßen

Thomas Karmasin

Landrat
Präsident

Bayerische Innovationstage 2023 – Landkreise packen bei Digitalisierung und Fachkräftemangel gemeinsam an

Von Klaus Geiger, Referent für Finanzen, Organisation und digitale Verwaltung beim Bayerischen Landkreistag

Im Mittelpunkt der diesjährigen Bayerischen Innovationstage standen die Digitalisierung der Landratsämter und die Bewältigung des Fachkräftemangels. Ziel war es, die Landratsämter nach dem Motto „gemeinsam weiterkommen“ praxisgerecht zu unterstützen und den kollegialen Erfahrungsaustausch weiter zu stärken.

Der Innovationsring des Bayerischen Landkreistags unter der Leitung von Landrat Josef Niedermaier, Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen, hat es sich zur Aufgabe gemacht, erfolgversprechende und praktisch umsetzbare Lösungsansätze zu erarbeiten und diese mit den Landratsämtern auszutauschen. Die 26 Mitgliedslandkreise aus allen Regierungsbezirken arbeiten hierzu in den vier Projektgruppen

- Organisation/E-Government, unter der Leitung von Landrat Matthias Dießl, Landkreis Fürth,
- Personal und Führung, geleitet von Landrat Armin Kroder, Landkreis Nürnberger Land,
- Service- und Kundenorientierung, unter der Leitung von Landrat Robert Niedergesäß, Landkreis Ebersberg, sowie
- Betriebswirtschaft, geleitet von Landrat Thomas Bold, Landkreis Bad Kissingen,

eng zusammen. Die Projektgruppen bilden zugleich die thematischen Schwerpunkte des Bayerischen Innovationsrings ab und verdeutlichen seinen ganzheitlichen Ansatz.

Die Bayerischen Innovationstage finden seit 2015 alle zwei Jahre statt und wurden am 29./30.06.2023 erneut als Hybridveranstaltung mit der Möglichkeit der Präsenzteilnahme in der Sparkassenakademie in Landshut sowie der reinen Online-Teilnahme durchgeführt. Zielgruppe waren insbesondere die Landrätinnen und Landräte, Führungskräfte sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus den Bereichen Personal, Finanzen, Kämmerei, Controlling, Organisation, IT, E-Government, Wirtschaftsförderung sowie aus Bürger- und Serviceeinrichtungen.

Umsetzungsprobleme bei der Digitalisierung der Verwaltung

Der Leiter des Innovationsrings, Landrat Josef Niedermaier, begrüßte am 29.06.2023 die über 110 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus rd. 50 Landkreisen, Ministerien, dem Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband, dem Kommunalen Arbeitgeberverband Bayern, der Versicherungskammer Bayern sowie weiteren Behörden und Organisationen und dankte diesen für ihr Engagement. Er formulierte aber auch klare Erwartungen an den Bund und den Freistaat Bayern: „Wir haben bei der Digitalisierung der Verwaltung kein Erkenntnisproblem, sondern ein Umsetzungsproblem. Das gelingt aber nur gemeinsam. Wir brauchen digitaltaugliche Gesetze, nutzerfreundliche Identifizierungslösungen und mehr Pragmatismus am Beispiel von Spitzenreitern wie Dänemark“, gab Landrat Josef Niedermaier als Ziel bei den Bayerischen Innovationstagen in Landshut aus. „Unsere Bürger und vor allem auch unsere Unternehmer erwarten mehr Digitalisierung und damit eine Verschlankung von Verwaltungsdienstleistungen. Für unsere Landkreise gibt es nur den digitalen Weg in die Zukunft. Mit dem Projekt „Digitaler Werkzeugkasten“ stellen wir bereits jetzt über 100 digitale Verwaltungsleistungen zur weiteren Nachnutzung bereit. Dieses Angebot werden wir weiter ausbauen. Wir wollen nicht weniger als die durchgängige digitale Verwaltung. Die Corona-Pandemie hat uns die Handlungsbedarfe bei der Digitalisierung in vielfältiger Weise vor Augen geführt. Daneben stellen uns die angespannten Kommunalfinanzen und der Fachkräftemangel vor große Herausforderungen, die digital beantwortet werden können“, so Niedermaier weiter.



Der Leiter des Innovationsrings des Bayerischen Landkreistags, Landrat Josef Niedermaier, Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen, bei der Begrüßung der über 110 Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Bayerischen Innovationstage

Länderübergreifender Input

Direkt im Anschluss konnten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit Generalkonsul Jess Møller Knudsen und Ann Møgeltoft Andersen vom Königlich Dänischen Generalkonsulat in München sowie Thomas Rysgaard

Christiansen als ausgewiesenen Digitalisierungsexperten über die Herausforderungen und Möglichkeiten der Digitalisierung mit dem Vorreiter Dänemark austauschen:

Die anschließenden Innovationsforen

- zur **Digitalisierung in den Landkreisen** (Vorstellung der Plattform für kommunales Energiemanagement durch den Landkreis Ebersberg, Informationen zum Einsatz amtlicher Geobasisdaten in den Landkreisen durch das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat, Präsentation des BayernFunks durch die Versicherungskammer Bayern),
- zu **Personal und Führung** (Vorstellung der Ergebnisse der Mitarbeiterbefragung 2023, Impulsvortrag zu modernen Arbeitsplatzkonzepten, Information zu aktuellen Themen des TVöD durch den Kommunalen Arbeitgeberverband),
- zum **digitalen Landratsamt** (Projektergebnisse zur Digitalisierungsstrategie für die Landratsämter, Bayerisches Digitalgesetz mit Umsetzungsempfehlungen des Bayerischen Landkreistags, Praxisbericht des Landkreises Aschaffenburg zur Digitalisierung) sowie,
- zu **aktuellen Herausforderungen** (Bürger-/ Kundenbefragung 2022 mit Handlungsempfehlungen, Online-Vergleichsplattform des Innovationsrings, Fachvortrag zur Versicherung von Cyber-Risiken durch die Versicherungskammer Bayern)

DÄNEMARKS DIGITALER AUSGANGSPUNKT



100%

der Privatunternehmen nutzen die digitale Post (www.virk.dk)



2000

staatliche Selbstbedienungsdienste sind auf einer Webseite zentralisiert (www.borger.dk)



100%

aller Rechnungen an öffentliche Einrichtungen sind digital



98%

aller Dänen haben einen digitalen Ausweis (NemID)



92%

aller Dänen haben sich für die digitale Post angemeldet



87%

aller Bewerbungen und Registrierungen werden mit Online-Selbstbedienung abgewickelt

Auszug aus der Präsentation des Königlich Dänischen Generalkonsulats in München zur digitalen Ausgangssituation in Dänemark

luden zu einem intensiven Austausch mit Experten und Praktikern ein. Parallel zu den Innovationsforen wurden in der Innovationswerkstatt „Gemeinsam in die Zukunft“ mit dem externen Moderatorenteam von „Shape of New“ kreative Lösungen zur Bewältigung des Fachkräftemangels erarbeitet, die in der weiteren Projektarbeit des Innovationsrings aufgegriffen werden.

Bei der Abendveranstaltung hatten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer Gelegenheit, den Austausch mit der Bayerischen Digitalministerin Judith Gerlach, MdL, weiter zu vertiefen.

„Bei der Digitalisierung besteht weiterhin Handlungsbedarf, der die gesamte Verwaltung betrifft. Daneben stellen uns die angespannten Kommunalfinanzen und der Fachkräftemangel vor große Herausforderungen. Gerade die Kommunen nehmen die sich verändernden Anforderungen, Bedarfe und Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger wie auch der Unternehmen im direkten Kontakt unmittelbar wahr. Unsere Landratsämter stehen hier alle vor denselben Herausforderungen. Die gute Nachricht ist: Das Rad muss nicht jedes Mal neu erfunden werden!“, so der Leiter des Innovationsrings, Landrat Josef Niedermaier, bei der Eröffnung der Tagung.



Landrat Ben Schwarz (Landkreis Roth), Landrat Matthias Diebl (Landkreis Fürth), Landrat Josef Niedermaier (Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen und Leiter des Innovationsrings des Bayerischen Landkreistags), Bayerische Digitalministerin Judith Gerlach, MdL, Landrat Robert Niedergesäß (Landkreis Ebersberg) und Klaus Geiger, Referent beim Bayerischen Landkreistag, im Austausch bei den Bayerischen Innovationstagen 2023 in Landshut.

Am zweiten Veranstaltungstag stellte Dr. Franziska Armbruster, Bayerisches Staatsministerium für Digitales, den Digitalplan Bayern vor. Prof. Dr. Peter Parycek von der Donau-Universität Krems und Leiter des Kompetenzzentrums Öffentliche IT zeigte anschließend Erfolgsfaktoren für die digitale Transformation in der öffentlichen Verwaltung auf. Der anschließende interaktive Vortrag von Dr. med. Claudia Croos-Müller

stellte die notwendige Kraft des „Faktors Mensch“ in den Mittelpunkt.

Sowohl die Präsenz- als auch die Online-Teilnehmerinnen und -Teilnehmer haben die Bayerischen Innovationstage 2023 insgesamt sehr positiv bewertet. Die Ergebnisse und Impulse aus der Veranstaltung fließen in die weitere Arbeit des Innovationsrings ein.

Rettungsdienst bei der Reform der Notfallversorgung mitdenken



Von Michael Graß, Referent für Kommunalrecht und Bildung beim Bayerischen Landkreistag

Die Reformüberlegungen für die Krankenhäuser sind seit Wochen in aller Munde. Stiefmütterlich wurde bisher die Reform der Notfallversorgung behandelt und insbesondere Reformüberlegungen zum Rettungsdienst erst jüngst vorgestellt.

Reform der Notfallversorgung muss den Rettungsdienst mitdenken

Im Februar 2023 wurde die Vierte Stellungnahme der Regierungskommission für eine moderne und bedarfsgerechte Krankenhausversorgung „Reform der Notfall- und Akutversorgung in Deutschland – Integrierte Notfallzentren und Integrierte Leitstellen“ veröffentlicht. Lässt man den Krankenhausbereich an dieser Stelle außen vor und fokussiert man sich auf den Rettungsdienst, ist festzustellen, dass in dieser Stellungnahme lediglich ein Teil der Notfallversorgung bzw. des Rettungsdienstes thematisiert ist, nämlich die Organisation und Struktur der Integrierten Leitstelle (ILS).

Am 8. September 2023 wurde die Neunte Stellungnahme und Empfehlung der Regierungskommission für eine moderne und bedarfsgerechte Krankenhausversorgung in „Reform der Notfall- und Akutversorgung: Rettungsdienst und Finanzierung“ veröffentlicht. Nach einer ersten Sichtung sind in diesem Kommissionspapier viele Empfehlungen enthalten, die der bisherigen Organisation und Finanzierung in den Bundesländern bzw. der kommunalen Praxis widersprechen und teilweise auch früheren Forderungen von kommunaler Seite entgegenstehen. Zu nennen sind hier beispielsweise die Empfehlung, den Rettungsdienst als eigenständiges Leistungselement in das SGB V aufzunehmen, eine Neuregelung der Finanzierung (getrennt nach Betriebs- und Vorhaltekosten und den Investitionen für den Rettungsdienst inklusive der Leitstellen),

eine Konzentration/Zentralisierung der Leitstellen unter der Federführung des jeweiligen Bundeslandes, einen Ausbau der Luftrettung und der Forderung nach einer länderübergreifenden Vereinheitlichung von Qualifikation und Qualität des eingesetzten Personals. Bei einer Gesamtbetrachtung wird die bisherige Ausgestaltung des Rettungsdienstes sowohl als präklinische medizinische Leistung als auch als Aufgabe der Gefahrenabwehr aufgegeben.

Es ist offensichtlich, dass die Struktur der Krankenhauslandschaft Auswirkungen auf die Notfallversorgung und insbesondere auch auf den Rettungsdienst hat. Dabei geht es nicht allein um das Personalthema, dass ohne ausreichende Kliniken, die auch in erheblichem Umfang Notärzte für das Rettungswesen stellen, die Notarztproblematik sich noch wesentlich vergrößern würde. Mindestens ebenso gravierend sind die Auswirkungen von Krankenhausschließungen oder Umorganisationen derart, dass in einem Krankenhaus gar keine Notaufnahme mehr vorgehalten wird. Für die Struktur des Rettungsdienstes bedeutet dies geänderte oder längere Fahrtrouten bzw. zusätzliche Verlegungstransporte. In der Folge sind zwingend die Vorhalteinstrumente wie Personal, Rettungsfahrzeuge und Gebäude neu zu organisieren. Praktiker bringen es dergestalt auf den Punkt, dass bei einer Reform der Notfallversorgung die Themen „Krankenhausstandort/ Integriertes Notfallzentrum (INZ) – Notfallrettung – ILS – Kassenärztliche Vereinigung“ verzahnt bzw. vernetzt gedacht werden müssen und somit auch gleichzeitig reformiert bzw. geregelt werden sollten. Wird eine Reform der Notfallversorgung nicht von Anfang an mitgedacht, wird es für die Rettungsdienste künftig noch schwieriger werden, ihren Auftrag zu erfüllen. Daher hat sich auch der Ausschuss für Recht und Bildung beim Bayerischen Landkreistag in seiner Sitzung am 24. Juli 2023 klar dafür ausgesprochen, in einem Schreiben an Bundesminister Prof. Lauterbach zur Krankenhausreform auf die Notwendigkeit der gleichzeitigen Planung von Notfallreform und Rettungsdienst hinzuweisen.

Reform der Integrierten Leitstelle

Der Rettungsdienst hat sich in den vergangenen Jahren zu einer umfassenden notfallmedizinischen Versor-

gungsstruktur entwickelt und dabei zugleich aus notfallmedizinischer Sicht einen erheblichen Qualitätszuwachs erhalten. Die Kernelemente der Reformüberlegungen aus dem Kommissionspapier vom Februar 2023 für die ILS sind, dank ihrer Bandbreite, für die Situation in Bayern realistisch und gut umsetzbar.

In Bayern sind die 26 Integrierten Leitstellen flächendeckend ein gut funktionierendes Kernelement des Rettungsdienstes. Angesichts der Überlastung der Telefonnummern 112 bzw. 116 117 müssen Wege gefunden werden, um die Patientenströme bedarfsgerecht zu kanalisieren und somit für die tatsächlich dringlichen Notfälle die Kapazitäten frei zu halten. Ein wesentliches Element ist dabei, dass einem Anrufer bei der Nummer 112 bzw. 116 117 durch die ILS bzw. die Kassenärztliche Vereinigung (KV) nach telefonischer oder telemedizinischer Ersteinschätzung die am besten geeignete Notfallstruktur zugewiesen wird. „Integriert“ soll laut Regierungskommission bedeuten, dass Anrufe bei beiden Nummern entweder in der gleichen Leitstelle auflaufen oder dass getrennte Leitstellen durch feste Strukturen miteinander verbunden sind. Noch in diesem Herbst werden in Bayern die beiden genannten Notfallnummern flächendeckend mit einheitlichen Schnittstellen nach abgestimmten Abfrageverfahren (nicht mit einheitlicher Software bzw. einheitlicher Technik) vernetzt. Hierbei wird auch sichergestellt, dass die ILS mit den unterschiedlichen Aufgaben Rettungsdienst, Feuerwehr und Katastrophenschutz als Kernbestandteil der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr bestehen bleibt. Herausfordernd, wenn auch perspektivisch wünschenswert, sind die Vorgaben im Kommissionspapier vom Februar 2023, wonach eine ILS verpflichtend eine rund um die Uhr erreichbare allgemeinärztliche und kinderärztliche telemedizinische Beratung bzw. Videosprechstunde einrichten muss, verpflichtend Kooperationen mit online-Dolmetscherdiensten und teilweise Gebärdensprache eingerichtet werden sollen und kurzfristig für die nicht primärärztlich zu behandelnden Notfälle eine wohnortnahe pflegerische Notfallversorgung errichtet werden soll (vgl. Ziff. 3.1.6 – Ziff. 3.1.8 des Kommissionspapiers). Selbst wenn es vor Ort Bedarfe für derartige Versorgungsstrukturen gibt, ist ein Freiraum für die Länder erforderlich, wer und zu welchem Zeitpunkt derartige Leistungen einrichtet oder vorhält.

Überlastung des Rettungsdienstes – Ist-Analyse

Die Strukturierung von Lösungsansätzen setzt die Diagnose bzw. Ist-Betrachtung der gegenwärtigen Situation im Rettungsdienst voraus. Sowohl der Ret-

tungsdienst als auch die Notaufnahmen der Krankenhäuser sind zahlenmäßig stark überlastet. Als generelle Ursachen gelten insbesondere eine schwindende Gesundheitskompetenz der Bevölkerung, eine gewachsene Anspruchshaltung der Bürgerinnen und Bürger und lange Wartezeiten bei der Gesundheitsversorgung im ambulanten Bereich. Festgemacht an Zahlen mag ein jüngstes Beispiel einer sehr großen Klinik in Hessen dienen: Dort werden rund 55.000 Notfälle im Jahr in der Notaufnahme versorgt. Nach Angaben des zuständigen Chefarztes sind rund 10 % der Patienten lebensbedrohlich krank oder verletzt.¹ Die nächsten 60 % bräuchten dringend medizinische Hilfe, auch wenn es nicht ganz so ernst sei. Rund 30 % könnten eigentlich gut warten, bis der Haus- oder Facharzt Zeit für sie habe oder auch eine andere Person für ein Gespräch. Bis zu 50 % der Patienten kommen selbst, d. h. ohne Notarztfahrzeug, direkt in die Notaufnahmen der Kliniken. Als Beispiele für die nicht lebensbedrohlichen Notfälle werden Rückenschmerzen, Katheterverschluss, zu viel Alkohol oder schlichtweg zu wenig Trinken an heißen Tagen genannt. Ebenfalls aussagekräftig ist die Statistik einer großen bayerischen ILS, laut der nach Besuch des Notarztes rund 30 % der Hilfesuchenden zu Hause bleiben können.² Abgerundet wird der Blick auf die aktuelle Situation durch die Aussage von praxiserfahrenen Experten, dass die Notfallversorgung und der Rettungsdienst relativ gut im sogenannten Hochrisikobereich (z.B. Herzinfarkt) funktionieren.

Fit für die Zukunft – Reformansätze für den Rettungsdienst

Die Betrachtung der aktuellen Situation des Rettungsdienstes weist aus Sicht der Praxis beinahe automatisch den Weg zu Eckpunkten für Reformansätze. Trotz Beibehaltung der Notrufe 112 und 116 117 bedarf es einer gewissen Steuerung der Patientenströme. Dies betrifft insbesondere die Vielzahl der Patienten im sog. Low-care-Bereich, in dem kein akutes, lebensgefährliches Gesundheitsrisiko besteht. Generell ist dabei an Lösungsmöglichkeiten zu denken, die einerseits das Patientenwohl umfänglich berücksichtigen, andererseits aber weniger personal- und kostenintensiv sind. Konkrete Beispiele hierfür sind der verstärkte Einsatz des Telenotarztes oder das bayerische Pilotprojekt „Rettungseinsatzfahrzeug (REF)“, das, wie der Notarzt,

¹ FAZ vom 01.08.2023

² Dipl.Ing. Marc Gistrichovsky, Leiter ILS Nürnberg, Vortrag beim Ausschuss für Recht und Bildung des Bayerischen Landkreistags am 28.04.2023



von der Leitstelle disponiert wird, allerdings nicht mit einem Notarzt, sondern „lediglich“ mit einem erfahrenen Notfallsanitäter besetzt ist, der darüber hinaus weitere Zusatzqualifikationen haben sollte und selbstverständlich bei Bedarf den Notarzt nachdisponiert. In diesen Bereich gehört auch das Stichwort „Gemeindenotfallsanitäter“, wobei auch hier ein erfahrener Notfallsanitäter den anrufenden Patienten zu Hause besucht. Zu einer Reduzierung der Patientenströme in die Notfallversorgung würden sicher auch vor Ort präsente und für einen Großteil des Tages geöffnete Bereitschaftspraxen der KV beitragen. Schließlich sind bei der Palette der Reformansätze auch vertretbare Wartezeiten bei den Allgemeinärzten und bei den Fachärzten zu nennen.

Wie die Aufzählung belegt, müssen heutzutage, insbesondere angesichts des Personalmangels, auch digitale Möglichkeiten sinnvoll eingesetzt werden. Gerade für die ältere Bevölkerung im ländlichen Raum, die weniger digital affin ist, können solche digitalen Möglichkeiten allerdings oftmals schnell an ihre Grenzen stoßen.

Die Beispiele zeigen, dass bereits bisher durchaus konkrete Reformmöglichkeiten im Raum stehen. Für die Umsetzung in die Praxis sind sicherlich nicht immer einfache Finanzierungs- und Organisationsfragen zu klären.

Die im September vorgelegte Neunte Stellungnahme der Regierungskommission zum Rettungsdienst und dessen Finanzierung greift einzelne der vorstehend genannten, aus der Praxis abgeleiteten Reformansätze auf. Zu nennen sind hier beispielsweise der Ausbau der Telemedizin und ein Kompetenzzuwachs für den Not-

fallsanitäter. Dennoch dürfte nach einer ersten, vorläufigen Bewertung diese aktuelle Stellungnahme der Regierungskommission für die Reform des Rettungsdienstes aus kommunaler Sicht sehr kritisch zu betrachten sein. Zurückhaltung von kommunaler Seite besteht bereits bei der Empfehlung, den Rettungsdienst als eigenständiges Leistungselement in das SGB V aufzunehmen. Ebenso bedarf einer Detailbetrachtung die geplante Neufassung der Rechtsbeziehungen zwischen Krankenkassen und Leistungserbringern. Einheitliche bzw. neue Gremien zur länderübergreifenden Festlegung von Qualität und Qualifikation des Personals sind ebenso kritisch zu betrachten wie die Konzentration und Zentralisierung der Leitstellen, die wohl selbst für die bayerische Leitstellenlandschaft einen erhebenden Einschnitt mit sich bringen würde. Im Ergebnis wird diese Stellungnahme mit dem zuständigen Innenministerium, den Landkreisen und Zweckverbänden und den erfahrenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus den Leitstellen im Detail zu diskutieren sein. Gerade die Tendenz, den Rettungsdienst weg von der Gefahrenabwehr und hin zum medizinischen Bereich zu verlagern, erscheint fragwürdig und bedarf einer genaueren Betrachtung. Angesichts der aktuellen gesellschaftlichen Realitäten wie große Patientenströme zu den Notaufnahmen und Personalmangel im Gesundheitsbereich und im Rettungsdienstbereich einschließlich Kostendruck sind zweifellos im Rettungsdienst Reformen notwendig. Diese müssen aber sowohl das Wohl der Bürgerinnen und Bürger als auch die Interessen der Bundesländer und der Praktiker aus den Kommunen im Blick behalten einschließlich bestehender Strukturen und Aufgabenstellung.

Neue Wege in der Pflege – offene Klausurtagung am 21./22. Juni 2023 in Neuburg an der Donau

Große Betroffenheit ohne echte Zuständigkeit

Mehr als 20 bayerische Landrätinnen und Landräte haben sich im Rahmen einer offenen Klausurtagung am 21./22. Juni 2023 im Landkreis Neuburg-Schrobenhausen mit der sich zunehmend verschärfenden Versorgungslage in der Langzeitpflege beschäftigt und „neue Wege in der Pflege“ diskutiert. Die Versorgung pflegebedürftiger Menschen wird seit Jahren unter den Prämissen fehlender Pflegekräfte, steigender Bedarfe

und überforderter Angehöriger diskutiert. Dabei wird immer wieder auf die Rolle der Kommunen in der Pflege hingewiesen, die über ein stärkeres Engagement einen Beitrag zur Verbesserung der Situation leisten sollen. Den Landkreisen (wie auch den kreisangehörigen Gemeinden) sind jedoch aufgrund des eingeschränkten gesetzlichen Auftrags die Hände gebunden. Zudem richtet sich der Versorgungsanspruch der gesetzlich Versicherten gegen die Soziale Pflegeversicherung, die im Bereich der professionellen Pflege



V.l.n.r.: Landrat Thomas Eichinger, Landsberg am Lech, Landrat Thorsten Freudenberger, Neu-Ulm, Staatsminister Klaus Holetschek, MdL, Landrat Peter von der Grün, Neuburg-Schrobenhausen

einen Sicherstellungsauftrag hat, der jedoch über den Abschluss von Verträgen mit vorhandenen Leistungserbringern erfüllt wird.

Kommunales Engagement im geltenden rechtlichen Rahmen

Welche Maßnahmen können die Landkreise im derzeitigen rechtlichen Rahmen ergreifen, um den Eintritt der Pflegebedürftigkeit zu verzögern, gelingende Pflegearrangements zu initiieren und Menschen mit Unterstützungsbedarf besser zu begleiten, auch um das System der professionellen Pflege zu entlasten? Zu diesen Fragen haben der Vorstandsvorsitzende des Kuratoriums Deutsche Altershilfe, Helmut Kneppel, Prof. Dr. Alexander Schraml, Kommunale Altenhilfe Bayern, die Vorstandsvorsitzende der AOK Bayern, Dr. Irmgard Stippler, und Prof. Frank Weidner vom Deutschen Institut für angewandte Pflegeforschung Antworten gegeben. Die Bundestagsabgeordnete Emmi Zeulner nahm sich ebenfalls die Zeit für eine Teilnahme am ersten Tag der Klausur, um die Diskussion der Landrätinnen und Landräte mit ihrem Blick auf die Praxis vor Ort verfolgen zu können. Sie bestärkte in ihrem Statement die Landrätinnen und Landräte in ihrem Ruf nach einer Überprüfung überzogener fachlicher Standards und einem Abbau von Bürokratie. Gleichzeitig motivierte sie die Landkreise, trotz der schwierigen Rahmenbedingungen ihr Engagement im Vor- und Umfeld der professionellen Pflege noch weiter zu verstärken.

Was ist gute Pflege?

Mindestens genauso wichtig wie Zuständigkeiten und Maßnahmen ist die Antwort auf die Frage, wie gute

Pflege in Zukunft überhaupt aussehen soll, und wie diese neu gedacht werden kann. Pflegeeinrichtungen, die aufgrund des Arbeitskräftemangels Betten oder ganze Trakte stilllegen müssen, oder Dienste, die keine Touren mehr machen, gehören heute zum negativen Bild der Langzeitpflege. Auf der anderen Seite gibt es viele innovative Konzepte, die starke und empathische Antworten auf die bestehenden Engpässe geben. So sind unter anderem der Pflegebauernhof Marienrachdorf, die Pflegewohnung in Euerdorf, die Gemeindefrauen in Steinbach am Wald und Teuschnitz, die Anwerbung von Pflegefachkräften aus

dem Ausland wie in Coburg oder der Pflegekrisendienst im Landkreis Erding Vorzeigemodelle neue Wege in der Pflege, die bei der Klausur vorgestellt wurden. Auch zu diesen Vorträgen sind die Folien abgedruckt.

Partnerschaft mit dem Freistaat

Bayerns Gesundheits- und Pflegeminister, Klaus Holetschek, MdL, nahm ebenfalls an der Pflegeklausur teil und betonte in seinem Grußwort die große Bedeutung einer guten Betreuung und Versorgung der steigenden Zahl von Pflegebedürftigen als die große gesellschaftliche Herausforderung der kommenden Jahre. Diese kann nur in einem gemeinsamen Schulterschluss bewältigt werden, wozu das Pflegeministerium und die kommunalen Spitzenverbände unter Einbeziehung der Arbeitsgemeinschaft der Pflegekassen in Bayern die gemeinsame Strategie ‚Gute Pflege. Daheim in Bayern‘ erarbeitet und beschlossen haben. Darin finden sich zahlreiche Lösungsansätze zum Auf- und Ausbau einer zukunftsfähigen pflegerischen Versorgungsstruktur. Die Umsetzung der Strategie wird nachgehalten und begleitet. Daneben verwies der Minister auf das erfolgreiche Investitionskostenförderprogramm des Freistaats Bayern ‚Pflegesozial‘.

Hier gibt es alle Vortragsfolien und Manuskripte zum Nachlesen: <https://www.bay-landkreistag.de/landkreise/mitgliederbereich/schwerpunkt-klausur/>





Der notwendige Weg aus der Migrationskrise

Forderungen der 71 bayerischen Landrätinnen und Landräte vom 22. September 2023

Die bayerischen Landkreise fordern eine konsequente Einwanderungsstrategie für Europa, Deutschland und Bayern, die auf einer strikten Trennung zwischen Asyl, Flucht und regulärer Migration aufbaut.

Wir nehmen eine Überforderung von Gesellschaft, Staat und Kommunen wahr. Dieser muss durch

- I. eine Begrenzung und Steuerung des illegalen Zugangs,
- II. eine konsequente und zeitnahe Rückführung nicht aufenthaltsberechtigter Ausländer sowie
- III. eine kohärente legale Migrationspolitik endlich entgegen gewirkt werden.

Zudem müssen die Kommunen bei der Unterbringung, Versorgung und Integration deutlich besser unterstützt und entlastet werden.

Nur so können der fortwährende Notfallmodus beendet und ein geordnetes Verfahren für die Menschen und die Kommunen ermöglicht werden.

I. Erhebliche Begrenzung und Steuerung des illegalen Zustroms

1. Der Rechtsetzungsprozess nach den Beschlüssen des EU-Ministerrats vom 8.6.2023 muss mit äußerster Priorität vorangetrieben und abgeschlossen werden (Sicherung der europäischen Außengrenzen, Maßnahmen zur einheitlichen Erfassung von Asylsuchenden; Durchführung und Beschleunigung der Verfahren bereits an den Außengrenzen, gerechte Verteilung innerhalb der EU etc.).
2. Der Bund muss umfassende Grenzkontrollen zu allen Nachbarländern sicherstellen. Bayern muss weiterhin durch eigene Grenzkontrollen und eine effektive Schleierfahndung die Sicherung der Grenzen mit aufrechterhalten.
3. Schlepper- und Schleuserkriminalität müssen – auch im Wege internationaler Zusammenarbeit – weiter konsequent bekämpft und hart bestraft werden.
4. Vom Bund dürfen keine weiteren Zusagen oder Signale für die freiwillige Aufnahme von schutzbegehrenden Ausländern (zum Beispiel Afghanistan)

gemacht werden.

5. Die Liste der sicheren Herkunftsstaaten ist auszuweiten auf mindestens Georgien, Moldau, Indien, Tunesien, Marokko und Algerien.
6. Durch bilaterale oder internationale Abkommen muss auf Drittstaaten eingewirkt werden, dass sie schon die Abreise von Flüchtlingen, insbesondere aus ihren Küstenregionen (zum Beispiel Libyen, Tunesien) verhindern.
7. Nur Flüchtlinge aus den tatsächlichen Kriegsgebieten erhalten den Flüchtlingsstatus; dies sollte auch für die Ukrainer nach der Massenzustrom-Richtlinie gelten.
8. Entscheidungen über Asylanträge und vor allem in Asylgerichtsverfahren müssen deutlich schneller ergehen. Langwierige Verfahren dürfen gerade bei ablehnenden Asylentscheidungen nicht die Weichen in Richtung Spurwechsel stellen.
9. Asylbewerber werden für die Dauer des Verfahrens und im Falle einer Ablehnung des Asylantrags darüber hinaus in zentralen Aufnahmeeinrichtungen des Bundes und der Länder untergebracht. Diese Unterbringungskapazitäten sind zu erhöhen.
10. Nur Menschen mit gesicherter Bleibeperspektive werden in die dezentrale Anschlussunterbringung verlegt. Dort können dann erste Integrationsmaßnahmen gestartet werden.
11. Familiennachzug zu anerkannten Flüchtlingen muss an das Vorhandensein ausreichenden Wohnraums geknüpft sein.
12. Auch die Unterbringung von unbegleiteten minderjährigen Ausländern (UMA) muss in staatlicher Verantwortung in staatlich akquirierten Unterkünften erfolgen. Kosten, die den Jugendämtern für den nach SGB VIII erforderlichen Betreuungs- und Unterstützungsbedarf bei UMAs entstehen, müssen vollständig erstattet werden, auch wenn diese volljährig werden.
13. Die Versorgung von Asylsuchenden und Geflüchteten mit sozialen Leistungen muss auf ein europaweites harmonisiertes Leistungsniveau abgesenkt und noch stärker an Bedingungen geknüpft werden. Dabei gilt auch: Arbeit muss sich lohnen! Es muss einen deutlichen Abstand zwischen vorübergehenden sozialen Leistungen und dem durch eigene Arbeit verdienten Lohn geben.

14. Sozialleistungen an Asylbewerber werden – soweit rechtlich zulässig – auf keinen Fall als Geldleistung ausgereicht, sondern generell „unbar“ über ein Bezahlkartensystem.
15. Menschen, deren Asylantrag abgelehnt wurde, erhalten nur noch Sachleistungen, wenn sie in einer zentralen Aufnahmeeinrichtung leben.
16. Asylleistungen sind insgesamt stärker gesellschaftlich einfordernd auszugestalten, d.h. eine konsequente Anwendung der bereits bestehenden rechtlichen Regelungen zur Aufnahme von (auch gemeinnützigen) Tätigkeiten.
17. Die kommunale Ebene ist beim gesamten Vollzug des Asylwesens auf eine verlässliche und auskömmliche Finanzierungszusage des Bundes und des Freistaates Bayerns angewiesen. Es bedarf einer dauerhaften und atmenden Regelung, die sich den jeweiligen Flüchtlingszahlen und Kostensteigerungen automatisch anpasst.

II. Konsequente und zeitnahe Rückführung nicht aufenthaltsberechtigter Ausländer

18. Der Bund muss die rechtlichen Rahmenbedingungen für eine wirksame Rückführungspraxis als integralen Bestandteil eines funktionierenden Einwanderungsrechts schaffen. Die angemessene Versorgung von Menschen mit asylrechtlichem Schutzstatus und die konsequente Rückführung vollziehbar Ausreisepflichtiger sind untrennbar miteinander verbundene Aufgaben, die gleichwertig für die gesamtgesellschaftliche Akzeptanz der Flüchtlingsaufnahme sind.
19. Die Dauer von Ausreisegewahrsam und Sicherungshaft muss auf die rechtlich zulässige Höchstdauer ausgeweitet werden. Die Haftgründe für die Anordnung von Sicherungshaft müssen eng orientiert an den behördlichen Vollzugsbedürfnissen erweitert werden.
20. Verstöße gegen die Passpflicht und die Pflicht zur Klärung der eigenen Identität sind konsequent strafrechtlich zu ahnden.
21. Behördliche Befugnisse zur Klärung und Sicherung der Identität müssen rechtssicher ausgestaltet und erweitert werden.
22. Der Bund muss mit Hochdruck am Abschluss von Rückführungsabkommen arbeiten, insbesondere mit Staaten, die sich der Rücknahme ihrer ausreisepflichtigen Staatsbürger seit Jahren verschließen.
23. Die Zahl der Herkunftsländer, die Rückführungen auf Grundlage von deutschen Behörden ausgestell-

ten Laissez-Passer-Dokumenten akzeptieren, muss erhöht werden. Der Bund hat entsprechende Abkommen mit weiteren Staaten zu treffen.

24. Der Bund nutzt stringent die im Rahmen des sog. „Visahebels“ nach Art. 25a VO (EG) Nr. 810/2009 (Visakodex) eröffnete Möglichkeit, der EU-Kommission neben der turnusmäßigen Berichterstattung diejenigen Herkunftsstaaten zu melden, die bei der Rückübernahme ihrer vollziehbar ausreisepflichtigen Staatsbürger nachhaltig unkooperativ sind.

III. Kohärente legale Ausländerpolitik

25. Die seit Jahren wachsende Komplexität ausländerrechtlicher Bestimmungen muss deutlich reduziert werden. Ein enormer, gesetzlich bedingter Prüfungsaufwand gepaart mit hohen Fallzahlen ist hauptursächlich für die Überforderung der kommunalen Ausländerbehörden.
26. Gesetzliche Regelungen, die – wie das „Chancen-Aufenthaltsrecht“ und die künftige „Aufenthaltsurlaubnis zur Berufsausbildung für ausreisepflichtige Ausländer“ – die Unterscheidung zwischen Flucht- und Erwerbsmigration nivellieren, befeuern den unerwünschten Pull-Effekt und sind daher strikt abzulehnen.
27. Die herausragende Bedeutung des Visumverfahrens als zentrales Steuerungsinstrument der Einwanderung muss gewahrt bleiben. Anstatt den kommunalen Ausländerbehörden im Inland zu prüfende Legalisierungsmöglichkeiten nach einer ungesteuerten Einreise aufzubürden, muss der Bund eine adäquate Ausstattung der deutschen Auslandsvertretungen zur Gewährleistung zügiger Visumverfahren sicherstellen.
28. Eine bundeszentrale Einwanderungsagentur ist abzulehnen. Die Schaffung zusätzlicher Strukturen wird weder eine Verfahrensbeschleunigung noch eine Effizienzsteigerung bewirken, da ein zusätzlicher Akteur in der ohnehin schon komplex ausgestalteten Migrationsverwaltung lediglich Schnittstellen vermehrt und Reibungsverluste erhöht.



Erster auf Elektro umgerüsteter Verbrenner von e-REVOLT: Innovation aus dem Landkreis Dachau

Landrat Stefan Löwl ist bereits seit einigen Monaten dienstlich rein elektrisch unterwegs. Umso lieber nahm er das Angebot des Start-ups e-REVOLT an, den ersten auf Elektro umgerüsteten Verbrenner Probe zu fahren.

e-REVOLT hat sich unter dem Dach des im Frühjahr an den Start gegangenen „Gründwerk“ in Dachau angesiedelt. Ziel ist es, gut erhaltene Verbrenner-Fahrzeuge auf Elektroantrieb umzustellen, z.B. auch, wenn die Reparatur bei einem Motorschaden deutlich teurer wäre oder das Fahrzeug ohne E-Antrieb ansonsten verschrottet werden müsste. Dank der Entwicklung eines standardisierten Bausatzes sollen künftig ein Großteil der gängigen Autos schnell und einfach in der örtlichen Kfz-Werkstatt umgerüstet werden können.

Das „Gründerwerk“ e.V. in Dachau

Erstes Gründerzentrum im Landkreis Dachau
Zuschüsse aus Landkreis und Stadt Dachau über 5 Jahre (1. Jahr 55.000 Euro, 2.-5. Jahr bis zu 50.000 Euro jeweils) um Büro-Mieten für GründerInnen, JungunternehmerInnen und Start-ups zu vergünstigen

Adresse: Wettersteinring 17, 85221 Dachau, www.gruendwerk.com

Vorstand: 1. Vorstand Max Kaiser, 2. Vorstand Ulrich Lenz, Kassier Max Kronschnabel, Werkleiter Fabian Wilhelm

Ziel:

- zentrale Anlaufstelle für vielversprechende neue Geschäftsideen und Unternehmertalente & JungunternehmerInnen
- Einstiegshürden bei Unternehmensstart reduzieren und gezielt Hilfestellung leisten
- vielfacher Ideen- und Erfahrungsaustausch bei der Gründung von Unternehmen
- vergünstigter Mietraum in einer entsprechenden Community

Fakten: 700qm, 14 Büros, zwei Meeting-Räume, eine Community- und Event-area, Dachterrasse

Services: Zusätzlich 15 Coworking-Plätze mit verschiedenen Buchungsmöglichkeiten: Tages-/ 10er-Ticket, Resident, fixe oder flexible Schreibtische
Verschiedene Community Packages zur Unterstützung, u.a. Community App und Mentoring Pakete



Bei einem Besuch vor dem Landratsamt machten sich neben Landrat Stefan Löwl auch Wirtschaftsförderer Johann Liebl und Pressesprecherin Sina Török ein Bild von dem Fahrzeug. e-REVOLT hat eine Lösung entwickelt, um Mobilität nachhaltiger zu gestalten und Fahrzeuge ggf. deutlich länger nutzen zu können. (Foto: © Landratsamt Dachau, Veronika Plajer)

Der erste Prototyp war im Juli 2023 fertig und wurde mit Unterstützung der Zulassungsstelle im Dachauer Landratsamt zugelassen. Ein VW Golf mit Schaltgetriebe aus dem Jahre 2018 wurde durch den von e-REVOLT entwickelten Bausatz in ein Elektrofahrzeug mit ca. 200 km Reichweite umgebaut. Als Dank für die Unterstützung des Landkreises beim „Gründwerk“ sowie die konkrete Hilfe im Zulassungsprozess seitens der Dachauer Verkehrsbehörde lud Geschäftsführer Sebastian Hunold Landrat Stefan Löwl zu einer Probefahrt ein.

Landrat Stefan Löwl war vom innovativen Ansatz beeindruckt: „Es ist eindrucksvoll, was das Team um e-REVOLT in den zwei Jahren seit der Gründung bereits umgesetzt hat. Fundierte Daten aus der Automobil- und aus der Versicherungsbranche belegen, dass hier ein zukunftsweisender Ansatz entwickelt wird. Ich freue mich, dass wir das Start-up e-REVOLT unterstützen können. Sei es konkret bei der Zulassung der Prototypen oder generell über unsere Wirtschaftsförderung bzw. mit Büroräumen im Gründwerk“, sagte Löwl bei einer Probefahrt durch den Landkreis. Sebastian Hunold freute sich über das positive Feedback und dankte dem Landrat sowie der Wirtschaftsförderung. „Ohne die Unterstützung aus dem Landkreis wäre unser Projekt in so kurzer Zeit kaum möglich gewesen. Wir haben eine spannende Zukunft vor uns und freuen uns auf eine weiterhin enge Zusammenarbeit.“

Landkreise München, Landshut und Ebersberg Vorreiter in Sachen grüner Wasserstoff

Wasserstoff-Brennstoffzellen als Wegbereiter einer emissionsfreien elektrischen Mobilität

Wer die Metropolregion München langfristig vor dem drohenden Verkehrskollaps bewahren und gleichzeitig dem fortschreitenden Klimawandel Einhalt gebieten will, der kommt an alternativen Antriebsformen nicht vorbei. Vornehmlich wurde in den vergangenen Jahren insbesondere die batteriebetriebene Elektromobilität in den Fokus gerückt. Dass aber auch ergänzende Technologien wie Wasserstoff-Brennstoffzellen durchaus geeignet sind, den Weg in Richtung einer emissionsfreien elektrischen Mobilität mitzugestalten, das zeigen die Landkreise München, Landshut und Ebersberg seit 2019 mit ihrem Projekt „HyBayern“.

„HyBayern“

Ziel des Projekts ist die Umsetzung eines grünen Wasserstoffkreislaufs, der von der regionalen Wasserstoff-Herstellung mit grünem Strom mittels Elektrolyseur über die Abfüllung und den Transport mit speziellen Lkw-Trailern zu den eigens errichteten Tankstellen bis hin zum Linienverkehr mit Brennstoffzellen-Bussen die gesamte Produktions- und Lieferkette abdeckt. Zur

Seit einigen Jahren arbeiten die Landkreise München, Landshut und Ebersberg im Rahmen des interkommunalen Projekts „HyBayern“ gemeinsam mit Verkehrsbetrieben, Energieversorgern, Industrie, Gewerbe und Handwerk daran, einen vollständig geschlossenen, mit in der Region gewonnenem „grünen“ Strom betriebenen Wasserstoffkreislauf von der Erzeugung bis zum Verbrauch zu implementieren. Als Endabnehmer kommen insbesondere Bus- und Lkw-Flotten in Frage, aber auch die industrielle Logistik sowie Fuhrparkfahrzeuge für Unternehmen sind wichtige Zielfelder. Ein Pilotbetrieb mit zehn Brennstoffzellen-Bussen im MVV-Linienverkehr startet im September.

Umsetzung dieses Kreislaufs wurde die Hy2B Wasserstoff GmbH gegründet. Gesellschafter sind neben den Landkreisen München und Landshut die Hynergy GmbH, die BayWa AG, die Tyczka Hydrogen GmbH sowie die BürgerEnergie Niederbayern eG, die Bürgerenergie Isar eG und die Bürgerenergie Unterhaching eG.



Der Spatenstich für die Wasserstoffherstellungsanlage in Pfeffenhausen mit Ministerpräsident Markus Söder, Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger, Landrat Christoph Göbel und Landrat Peter Dreier (Foto: Thorsten Jochim)



Landrat Christoph Göbel bei der Erstbetankung eines Wasserstoffbusses für den MVV-Linienbetrieb (Foto: Hy2B GmbH/Christoph München)

Im Herbst 2022 erreichte das Projekt seinen ersten Meilenstein: In Pfeffenhausen bei Landshut begann mit dem offiziellen Spatenstich der Bau eines 5-Megawatt-Elektrolyseurs für die Wasserstofferzeugung. Ab dem Frühjahr 2024 sollen im durch das bundesweite HyPerformer Programm geförderten Elektrolyseur der Hy2B Wasserstoff GmbH jährlich 440 Tonnen, nach dem Ausbau auf die Maximalkapazität sogar bis zu 1.000 Tonnen grüner Wasserstoff für den Regionalbusverkehr des MVV, das künftige benachbarte Wasserstoff Technologie-Anwenderzentrum (WTAZ/HyTACC), bestehende und neue Wasserstofftankstellen in der Metropolregion München sowie weitere Abnehmer in Bayern erzeugt werden.

Die erste über einen Wasserstoff-Trailer versorgte Tankstelle

Im Frühsommer 2023 konnten die Projektbeteiligten den ersten Wasserstoff-Trailer in Empfang nehmen, mit dem ab sofort die Tankstelle in Hofolding auf dem Betriebshof des Verkehrsunternehmens Geldhauser versorgt wird. Aktuell muss der Trailer den Wasserstoff noch ersatzweise aus einer anderen Elektrolyse holen, künftig wird der Wasserstoff dann direkt vom Elektrolyseur in Pfeffenhausen zu seinen Einsatzorten trans-

portiert werden. Weitere Trailer werden in den kommenden Wochen geliefert. Diese versorgen dann u. a. die Tankstelle in Glonn-Schlacht (Landkreis Ebersberg) auf dem Betriebshof des Verkehrsunternehmens Ettenhuber. Im Juli 2023 wurde mit der Auslieferung der ersten zehn Brennstoffzellen-Busse an die Verkehrsunternehmen Ettenhuber und Geldhauser ein weiteres Teilziel erreicht.

Start der größten Wasserstoff-Tankstelle Bayerns für Busse und Lastkraftwagen

Anfang September ging im Rahmen des Projekts die größte Wasserstoff-Tankstelle Bayerns für Busse und Lastkraftwagen auf dem Firmengelände des Verkehrsunternehmens Geldhauser in Betrieb. Künftig sollen dort Busse im Linienverkehr des MVV sowie Wasserstoff-Lkw aus der Region betankt werden. Damit werden täglich bis zu 300 Kilogramm Wasserstoff abgegeben und bis zu 800 Kilogramm CO₂-Emissionen aus Dieseln und Lastkraftwagen vermieden. Die Tankstelle mit 350 bar Druckgastechnik des Herstellers Linde ist eine der ersten Tankstellen, an der ein innovatives Wechselbrückenkonzept zum Einsatz kommt: Ein großer, nur langsam befüllbarer Stationärspeicher an der Tankstelle wird dabei ersetzt durch Wechseltrai-

ler, von denen immer einer als mobiler Speicher an der Tankstelle steht und bei Bedarf durch einen vollen ersetzt werden kann, der zuvor an einem Elektrolyseur mit grünem Wasserstoff beladen wurde. Der Trailerwechsel gelingt dabei in wenigen Minuten. Ein einzelner Trailer bringt bis zu 1.250 Kilogramm Wasserstoff vor Ort. Damit können die Brennstoffzellen-Busse eine Strecke von ca. 17.000 km zurücklegen.

Pilotbetrieb mit Brennstoffzellen-Bussen im Linienverkehr ab Herbst 2023

Schon ab September 2023 soll die neue Technologie dann auch unter realen Bedingungen getestet werden. Vorerst zehn Brennstoffzellen-Busse werden dann auf ersten Umläufen im MVV-Linienverkehr der Landkreise München und Ebersberg unterwegs sein. Mit ihnen erproben die Landkreise, inwieweit mit Wasserstoff betriebene Fahrzeuge zu einer langfristigen Umstellung des öffentlichen Personennahverkehrs in der Region auf alternative Antriebe beitragen können. Geplant ist eine Fahrleistung von jährlich insgesamt ca. 1 Mio. Kilometer. Brennstoffzellenbusse sind ebenso Elektrobusse wie rein batterie-elektrische Busse. Der Elektromotor dient dabei als direkter Antrieb des Fahrzeugs. Die Brennstoffzelle nimmt die Funktion eines Generators wahr, der aus Wasserstoff über eine bei niedrigen Temperaturen stattfindende elektrochemische Reaktion Strom für den Elektromotor erzeugt. Ein wesentli-

Die Investitionskosten der Region HyBayern als Wasserstoffregion wird im Rahmen des Nationalen Innovationsprogramms Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie (NIP2) mit bis zu 20 Mio. Euro durch das Bundesministerium für Digitales und Verkehr gefördert. Die Förderrichtlinie wird von der NOW GmbH koordiniert und durch den Projektträger Jülich (PtJ) umgesetzt. Rund 3,5 Millionen Euro hiervon fließen in die Beschaffung der Brennstoffzellen-Busse sowie den Aufbau der Betriebshoftankstelle auf dem Gelände der Firma Ettenhuber. Die restlichen Gelder werden vor allem für die Errichtung und Anschaffung des Elektrolyseurs und die Anschaffung der Trailer benötigt. Die Wasserstofftankstelle auf dem Betriebsgelände der Firma Geldhauser wird im Rahmen eines Programms des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie (StMWi) gefördert.



Einer der neuen Brennstoffzellen-Busse, die als erste Busse im neuen MVV-Design unterwegs sein werden. (Foto: LRA München)

cher Vorteil von Brennstoffzellenbussen im Vergleich zu herkömmlichen Dieselmotoren ist, dass diese lediglich Wasserdampf emittieren. Außerdem sind sie wesentlich geräuschärmer.

Sechs Fahrzeuge werden vollständig, ein weiteres Fahrzeug zeitweise im Landkreis München unterwegs sein. Im Landkreis Ebersberg werden drei Busse komplett sowie ein weiterer zeitweise im Linienbetrieb verkehren. Dabei werden die Fahrzeuge auf unterschiedlichen Linien zum Einsatz kommen, um im Rahmen des Pilotprojekts möglichst breite Erfahrungswerte hinsichtlich Umlauflänge, Witterungseinflüsse, Auslastung und vielem mehr sammeln und so den Betrieb laufend optimieren zu können.

Von den Bussen erhoffen sich die Projektbeteiligten im Vergleich zum Batteriebus insbesondere höhere Reichweiten und höhere Kapazitäten, denn im Gegensatz zu batterie-elektrisch betriebenen Bussen, die weniger Gewicht transportieren können, können Brennstoffzellen-Busse voll ausgelastet werden. Gleichzeitig soll das Projekt Impulse für weitere mögliche Anwendungsfelder von Wasserstoff im Bereich der Mobilität liefern.

Eine große Investition, die sich langfristig lohnt

Für den Betrieb der Busse fallen im Vergleich zum herkömmlichen Dieselmotoren aufgrund der hohen Anschaffungskosten und der neu zu errichtenden Betankungs- und Versorgungsinfrastruktur erhebliche Mehrkosten

für die Landkreise an. Die so ersetzten Dieselbusse werden aufgrund der noch fehlenden Erfahrungswerte und der Prämisse, den Regionalbusverkehr uneingeschränkt aufrechtzuerhalten, zunächst noch als Ersatzfahrzeuge vorgehalten. Die Mehrkosten dafür tragen die beiden Landkreise. Dennoch sind sich alle Projektbeteiligten einig: Diese Investition lohnt sich. Denn es steht außer Frage, dass die Zukunft der Mobilität in den alternativen Antriebsmöglichkeiten liegt – nicht nur im Individualverkehr, sondern gerade auch im öffentlichen

Verkehr. Das Einbremsen des Klimawandels ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe – auch die Landkreise sind hier gefragt. München, Landshut und Ebersberg gehen mit gutem Beispiel voran und zeigen sich bei der Umstellung auf alternative Antriebe technologieoffen. Ob sich in der Region langfristig batterie- oder brennstoffzellenbetriebene Elektrobusse oder eine Kombination durchsetzen wird, wird maßgeblich durch die Erfahrungswerte der nächsten Jahre bestimmt.



Die Landräte Christoph Göbel (r.) und Robert Niedergesäß (3. v. r.) mit den Busunternehmern Josef Ettenhuber und Martin Geldhauser (2. und 3. v. l.) sowie Dr. Tobias Brunner (Geschäftsführer Hy2B, l.) und MVV-Geschäftsführer Dr. Bernd Rosenbusch bei der Vorstellung der neuen Brennstoffzellen-Busse, die ab September 2023 im Linienverkehr der Landkreise München und Ebersberg zum Einsatz kommen werden. (Foto: LRA München)

Mit Weitblick in eine klimafreundliche Zukunft – Landkreis Landshut veröffentlicht Klimaschutzkonzept

Klimaschutzkonzept Teil einer langfristigen Strategie

Die Herausforderungen für Gemeinden, die Bevölkerung und Industrie im Bereich Klimaschutz und Energiewende sind groß. Der Landkreis Landshut beantwortet diese u.a. mit einem umfassenden Konzept. Es gilt nicht weniger, als zur Begrenzung des Temperaturanstiegs beizutragen und die Energiewende vor Ort erfolgreich zu gestalten. Laut André von Mensenkampff, Klimaschutzmanager am Landratsamt Landshut, ist das Konzept ein wichtiger Teil der langfristigen Strategie des Landkreises. „Wir handeln mit Weitblick und möchten die Energiewende so gestalten, dass sie eine große Chance für die Bürgerinnen und Bürger bietet.“

Als Entscheidungsgrundlage liefert das detailliert ausgearbeitete Konzept Antworten auf wichtige Fragen: Wo steht der Landkreis beim Klimaschutz und der Energiewende? Wo bestehen Potenziale bei den erneuerbaren Energien und was ist noch notwendig, um eine klimaneutrale Zukunft im Landkreis zu erreichen?

Weit fortgeschrittene „Stromwende“

In der Bestandsanalyse zu Beginn des Konzepts wird die Entwicklung und aktuelle Situation genau durchleuchtet. Bei der Energiewende im Strombereich befindet sich der Landkreis Landshut demnach auf einem guten Weg: „Schon jetzt entspricht bei uns die Menge an umweltfreundlich erzeugtem Strom rechnerisch fast das 1,5-fache des Verbrauchs“, erläutert Klimamanager von Mensenkampff. Im Vergleich zum bundesdeutschen Anteil von rund 45 Prozent wird deutlich, dass die „Stromwende“ im Landkreis bereits sehr weit fortgeschritten ist. Einen maßgeblichen Anteil in unserer Sonnenregion daran haben die zahlreichen Photovoltaik-Anlagen, die Sonnenlicht in Strom klimafreundlich umwandeln. Laut dem Konzept eignen sich vor allem



Landrat Peter Dreier

Dachflächen hierfür, da die Flächen bereits versiegelt, die Anlagen mittlerweile sehr wirtschaftlich sind und der Strom zum Großteil direkt verbraucht werden kann. Auf den Dachflächen des neuen Landratsamtes beispielsweise soll daher so gut wie jeder Quadratmeter für PV-Anlagen genutzt werden.

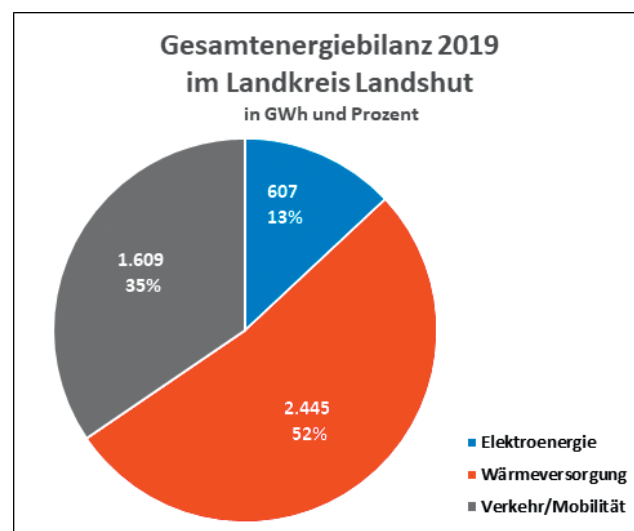
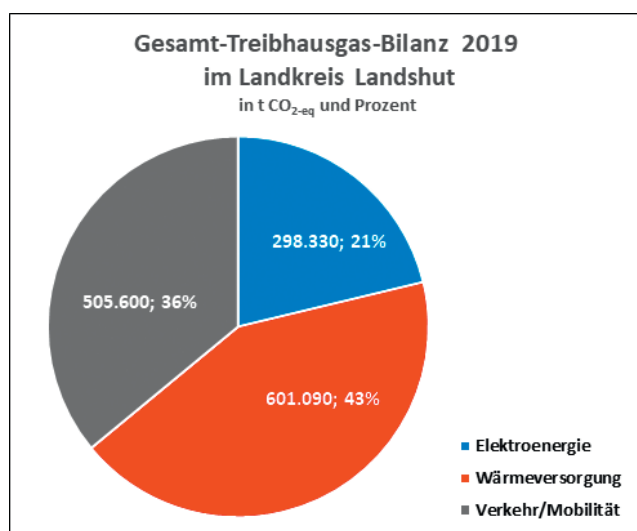
Die Wasserkraft- und Biomasseanlagen sind mit einem Anteil von 25 bzw. 29 Prozent eine wichtige Ergänzung für die sichere Versorgung mit Strom, wenn die Sonne nicht scheint. Windkraft führt in der Region Landshut mit einem Anteil von drei Prozent eher noch ein Nischendasein.

„Wir sehen in der Energiewende eine große Chance für unsere Region. Unser Ziel ist eine bezahlbare und klimafreundliche Energieversorgung, die die Wertschöpfung vor Ort stärkt. Mit dem Klimaschutzkonzept gehen wir einen weiteren Schritt in eine klimaneutrale Zukunft“, erklärte Landrat Peter Dreier anlässlich des kürzlich veröffentlichten Klimaschutzkonzeptes des Landkreises Landshut.



Ein positives Signal ist, dass in der Region pro Person deutlich weniger Strom und Erdgas als im bayerischen oder deutschen Durchschnitt verbraucht wird. Dies liegt beim Erdgas besonders daran, dass im Vergleich zu anderen Regionen relativ wenige Gebäude an ein Erdgasnetz angeschlossen sind. In Zeiten von möglichen Gasmangellagen im Winter und der Abkehr von

Gasimporten aus Russland ein entscheidender Vorteil. Die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern ist aber trotzdem noch groß, denn fast die Hälfte des Wärmeenergieverbrauchs wird durch Heizöl gedeckt. Ein hoher Anteil, der durch den Umstieg auf umweltfreundliche Heizungssysteme aber auch viel Einsparpotenzial von Energie und Treibhausgasen mit sich bringt.



Treibhausbilanz des Landkreises durch Wärmebereich und Verkehr dominiert

Der Wärmebereich beansprucht also mehr als die Hälfte aller CO₂-Emissionen in der Region: Aber auch der Verkehr ist wegen des hohen Anteils an fossilen Energieträgern mit 44 Prozent ein großer Posten der Treibhausgas-Bilanz des Landkreises (siehe Abbildung). So waren im Jahr 2019 nur 610 der rund 180.000 gemeldeten Fahrzeuge in der Region Elektro-Autos. Dass in Zukunft aber noch viel mehr „Stromer“ auf den Straßen unterwegs sein werden, zeigen die Zahlen von den Jahren 2020 und 2021. Denn hier wurden bereits knapp 2.000 E-Fahrzeuge neu zugelassen.

Zahlreiche Praxismaßnahmen

Mit der Analyse der Potenziale und der Entwicklung von verschiedenen Szenarien wurde im Klimakonzept der Blick Richtung Zukunft gerichtet. So wurde deutlich, welche Möglichkeiten im Landkreis für den Ausbau der erneuerbaren Energien existieren und welcher Pfad für einen klimaneutralen Landkreis wegweisend ist.

Auf Basis der Zahlen und Daten wurden 41 ambitionierte Maßnahmen in unterschiedlichen Bereichen entwickelt. Denn die schrittweise Umsetzung in der Praxis ist am Ende das, was Klimaschutz und Energiewende voranbringen. Mithilfe einer breit angelegten Umfrage

und verschiedenen Workshops wurde die Bevölkerung intensiv in diesem Prozess integriert. „Wir schaffen das nur mit vereinten Kräften. Deswegen nehmen wir unsere Bürgerinnen und Bürger bei der gemeinsamen Entwicklung und Umsetzung der Maßnahmen mit“, so von Mensenkampff. Durch den Beteiligungsprozess und den Maßnahmenkatalog wurde aus einem theoretischen Konzept eine umfassende Strategie für die Praxis mit ganz konkreten Maßnahmen.

Elektrolyseur in der Gemeinde Pfeffenhausen

Dass der Landkreis Landshut seinen Beitrag für den Klimaschutz als gutes Beispiel immer weiter ausbaut, sieht man bereits an dem fortgeschrittenen Bau des Groß-Elektrolyseurs in der Gemeinde Pfeffenhausen. Ab Februar 2024 sollen dort pro Jahr 440 Tonnen und nach dem Ausbau auf die Maximalkapazität bis zu 1000 Tonnen grüner Wasserstoff für Busse und viele weitere Abnehmer in Bayern erzeugt werden. Die Produktion lässt sich außerdem flexibel an die Netzkapazitäten anpassen. So werden die Netze entlastet und eine Abschaltung von PV-Anlagen und Windrädern vermieden. Eben Energiewende mit Weitblick.

Das Klimaschutzkonzept des Landkreises finden Sie zum kostenlosen Download unter <https://www.landkreis-landshut.de/themen/energie-und-klimaschutz/klimaschutzmanagement/>

(LRA Landshut)

EnergieMonitor im Landratsamt Straubing-Bogen beflügelt Energiewende

Der EnergieMotor

Wie es um die Eigenversorgung mit Energie im Landkreis Straubing-Bogen bestellt ist, zeigt seit Anfang August der EnergieMonitor der Bayernwerk Natur GmbH (Bayernwerk) an. Der EnergieMonitor, eine Kooperation von Bayernwerk Netz, Stadtwerke Straubing, Heider Energie und Stadtwerke Bogen, zeigt auf einer online einsehbaren Plattform, dem so genannten Dashboard, wie viel Strom vor Ort z.B. im Landkreis Straubing-Bogen, aktuell erzeugt und verbraucht wird. So sehen die Betrachter auf einen Blick, wie hoch der Grad der Eigenversorgung zu welcher Jahres- und Tageszeit ist. Auch aus welchen Quellen die elektrische Energie innerhalb der Landkreis- oder Gemeindegrenzen produziert wird, ist transparent ersichtlich. Vergleichswerte aus anderen Tagen und Monaten ermöglichen Rückschlüsse, wie sich die Energieversorgung entwickelt. Die Daten aktualisieren sich im Viertelstundentakt. Am Ende jeden Tages kann Bilanz gezogen werden: Wie grün war der örtliche Energiemix heute? Unter dem Punkt „Wirtschaft & Kreisentwicklung – Klimaschutzmanagement“ ist er auf der Homepage des Landkreises (www.landkreis-straubing-bogen.de) abrufbar. Ebenso per Direktlink: <https://energiemonitor.bayernwerk.de/straubing-bogen-landkreis>

„Wir im Landkreis Straubing-Bogen sind stolz darauf, dieses Instrument nutzen zu können. Damit motivieren wir die Bürgerinnen und Bürger, sich mit eigenen Projekten an der Energiewende zu beteiligen und unsere Ökobilanz weiter zu verbessern.“

Landrat Josef Laumer

Motivation für mehr Eigeninitiative

„Möglichst viele Bürger sollen von diesen Informationen profitieren. Dieses Tool wirkt sich langfristig positiv auf den Klimaschutz aus: Mit einem einzigen Zugang wird ein ganzer Landkreis dazu motiviert, sich mit der Energiewende zu befassen und eigene Maßnahmen dazu beizutragen“, sagt Maria Schießl, Klimaschutzmanagerin des Landkreises Straubing-Bogen.

Gute Bewertung für den Landkreis

Dr. André Zorger und Hans Seebauer konnten dem Landkreis dabei ein gutes Zeugnis ausstellen. Zum Zeitpunkt der Präsentation, am Donnerstagvormittag, 3. August, lag die bilanzielle Eigenversorgung aus er-



Andreas Käser (zuständiger Abteilungsleiter am Landratsamt), Dr. André Zorger (Bayernwerk Netz GmbH), Landrat Josef Laumer, Klimaschutzmanagerin Maria Schießl, Brigitte Tschimmel (zuständige Sachgebietsleiterin am Landratsamt) und Hans Seebauer (Bayernwerk Netz GmbH, von links) bei der Vorstellung des EnergieMonitors im Büro des Landrats.

neuerbaren Energien im Landkreis bei 100 Prozent. Auf die letzten sieben Tage gerechnet waren es 65,1 Prozent, in den letzten 30 Tagen 69,2 Prozent. Der größte Anteil kommt dabei wenig überraschend aus dem Bereich Photovoltaik. Insgesamt 16.823 Anlagen aus den Bereichen Biomasse, Photovoltaik, Wasserkraft, Windkraft und weitere Erzeuger (z.B. Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen) gibt es im Landkreis.

Wichtige Erkenntnisse für Zukunftslösungen

„Man sieht, dass wir auf einem guten Weg im Landkreis sind, was erneuerbare Energien betrifft“, bilanziert

Landrat Josef Laumer. Klimaschutzmanagerin Maria Schießl erhofft sich auch praktische Auswirkungen des EnergieMonitors: „Die Bevölkerung sieht, zu welchen Zeiten am meisten erneuerbare Energie produziert wird. Es wäre schön, wenn sich das ein oder andere Nutzerverhalten daran auch anpassen könnte.“ Dr. Zorger und Seebauer betonten auch, wie wichtig die Erkenntnisse des EnergieMonitors für die Umsetzung der Energiewende seien. „Denn es lassen sich dadurch Rückschlüsse und Schlussfolgerungen ziehen, für die dann in der Zukunft Lösungen gefunden werden müssen.“
(LRA Straubing-Bogen)

Die Wasserstoff-Mission des Landkreises Kulmbach

Am 12. Mai 2022 wurde der Landkreis Kulmbach offiziell als HyStarter-Wasserstoff-Modellregion des Bundes durch Dr. Volker Wissing, Bundesminister für Digitales und Verkehr ausgezeichnet. In Kooperation mit dem Wasserstoff-Spezialisten Rainer Herold von MSR-Innovations Kulmbach und Raphael Stautner vom Institut für Energietechnik (IfE) der Technischen Hochschule Amberg-Weiden sowie innovativen Unternehmen und universitären Bildungseinrichtungen hatte der Landkreis ein überzeugendes Bewerbungskonzept erstellt, für das er offiziell als HyStarter-Modellregion des Bundes ausgezeichnet wurde. Seitdem hat sich viel getan.

Die Kulmbacher Wasserstofftankstelle

Anfang dieses Jahres wurde die Projektskizze für die Kulmbacher Wasserstofftankstelle vom Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie und vom Projektträger Bayern Innovativ positiv bewertet und zur finalen Antragstellung freigeschaltet. Somit haben sich die Kulmbacher Akteure im zweiten Anlauf im Wettbewerb mit anderen Antragstellern erfolgreich und überzeugend durchgesetzt.

Prominenter Schirmherr

Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger hat die Schirmherrschaft für das Kulmbacher H₂-Projekt übernommen. Eine freudige Nachricht für die Akteure der Wasserstoffmodellregion HyStarter Landkreis Kulmbach,

„Wasserstoff ist ein bedeutender Mosaikstein zur Erstellung unserer Dekarbonisierungsstrategie und damit auf unserem Weg zum klimaneutralen Landkreis. Auf dem Weg zum klimaneutralen Landkreis aktualisieren wir das 2010 erstellte Klimaschutzkonzept mit digitaler CO₂-Bilanz und beteiligen uns am Zertifizierungsverfahren European Energy Award. Über 65 % unseres Gesamtstromverbrauchs erzeugen wir bereits mit regenerativen Energien. Diesen Anteil müssen wir weiter gemeinsam erhöhen“, so Landrat Klaus Peter Söllner zum aktiven Klimaschutz in seinem Landkreis.

bach, die die Errichtung einer Wasserstoff-Tankstelle auf dem Betriebsgelände der Firma ASK in Kulmbach planen. „Ihr habt intensiv dafür gekämpft, ihr habt super Konzepte vorgelegt und endlich sagen wir: Ja-wohl, da können wir den Grünen Haken dahintersetzen. Das hat uns überzeugt“, so Aiwanger in einer persönlichen Videobotschaft an die Verantwortlichen für die Projektskizze. „Danke allen deinen Unternehmerinnen und Unternehmern vor Ort, allen Mitwirkenden und ich komme gerne wieder nach Kulmbach, unterstütze euch weiter – das muss jetzt was werden – ich setze auf euch!“



Auf dem Bild von links: Florian Schneider, Geschäftsführer H2KU GmbH, Hubert Aiwanger, Ingrid Flieger, Klimaschutzmanagerin, Rainer Herold, Geschäftsführer H2KU GmbH



Von links: Rainer Herold, MSR-Innovations Kulmbach, Klimaschutzmanagerin Ingrid Flieger, Landrat Klaus Peter Söllner, Florian Schneider von der ASK Kulmbach, Kulmbachs dritter Bürgermeister Ralf Hartnack und Michael Möschel, Verkehrsakademie Kulmbach.

Landrat Söllner überzeugt von Bedeutung des Wasserstoffes beim Klimaschutz

„Das ist ein wichtiger Meilenstein für den Landkreis Kulmbach und alle Akteure der Wasserstoff-Modellregion“, freute sich Landrat Klaus Peter Söllner damals.

Die Wasserstoff-Mission des Landkreises Kulmbach umfasst aktuell folgende Wasserstoff-Projekte:

- Steigerung der erneuerbaren Energien für die Wasserstoff-Erzeugung
- Ausbau PV-Freiflächen / Windkraftanlagen
- Errichtung einer H₂-Infrastruktur für PKW und Nutzfahrzeuge
- Schaffung eines Absatzmarktes für Baumaschinen-Hersteller/-Umrüster
- Einsatz von schweren H₂-Maschinen im Steinbruch oder im Straßenbau-Bereich
- Bildungsoffensive zur Wasserstoff-Mobilität
- Nutzung von Wasserstofffahrzeugen zur Demonstration für die Instandhaltung und Reparatur
- H₂-Qualifikation für Berufskraftfahrer
- Entwicklung von H₂-Technologien
- H₂-Wärmepumpen oder Absorptionskältemaschinen mit Nutzung der Elektrolyse-Abwärme

Als Mit-Initiator für die Wasserstoff-Modellregion und die Realisierung der damit verbundenen H₂-Projekte ist für ihn der Wasserstoff auf dem Weg zum klimaneutralen Landkreis Kulmbach besonders bedeutend. „Die Aufgeschlossenheit und Handlungsbereitschaft der Kulmbacher Unternehmen für den Einsatz von Wasserstoff ist beachtlich. Wir Kulmbacher wollen die Möglichkeiten, die er bietet, nutzen. Dafür braucht es Investitionen, zum Beispiel in Wasserstofftankstellen – das ist unser nächstes großes Ziel.“

Die Projektskizze wurde von Florian Schneider, dem Geschäftsführer der Firma ASK, Rainer Herold von der Firma MSR-Innovations Kulmbach und von Ingrid Flieger, der Klimaschutzmanagerin des Landkreises Kulmbach, federführend in enger Kooperation mit Michael Möschel, Verkehrsakademie Kulmbach, und dem 3. Bürgermeister der Stadt Kulmbach, Ralf Hartnack, sowie weiteren HyStarter-Akteuren erstellt.

Förderbescheid nach Kulmbach – Antragsstellung erfolgreich

Nach erfolgreich eingereicherter Projektskizze haben die Kulmbacher Wasserstoff-Akteure die finalen Antragsunterlagen fertiggestellt und die Betreibergesellschaft H2KU GmbH wurde gegründet. Große Freude herrschte bei den Antragsstellern, als das Wirtschaftsministerium den Förderbescheid übermittelte und der Bayerische Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger, MdL, an die neu gegründete Betreibergesellschaft H2KU GmbH die



Rainer Herold von MSR-Innovations Kulmbach, Ingrid Flieger, die Klimaschutzmanagerin des Landkreises Kulmbach, Dr. Volker Wissing, Bundesminister für Digitales und Verkehr und der Kulmbacher Landrat Klaus Peter Söllner (von links) bei der Ernennung zur „HyStarter“-Modellregion.

maximale Förderung in Höhe von 2 Millionen Euro vom Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie für die Errichtung einer Wasserstofftankstelle in Kulmbach übergibt.

Die Gesamtkosten des Projektes belaufen sich auf knapp 3.1 Mio. Euro.

Das HyStarter-Programm des Bundes

HyStarter ist die erste Stufe des vom Bundesministerium für Digitales und Verkehr geförderten Programms

HyLand. Der Wettbewerb motiviert Akteure in allen Regionen Deutschlands, Konzepte mit Wasserstoffbezug zu initiieren, zu planen und umzusetzen. Die Regionen werden bei der Erstellung von regional integrierten Konzepten zur Einführung von Wasserstoff (H₂) und Brennstoffzellentechnologie im Verkehr unterstützt und begleitet. Mithilfe eines Beraterkonsortiums, bestehend aus EE ENERGY ENGINEERS GmbH, SPILETT New Technologies GmbH und Nuts One GmbH entwickeln die HyStarter-Regionen ein regionales Zielszenario für das Jahr 2030 inklusiv eines Aktionsplans der nächsten Schritte zur Erreichung der Vision.

Starkes Stromleitungsnetz für die Energiewende notwendig

Tagung der fränkischen Landräte in Bad Brückenau

Die Landrätinnen und Landräte aus Ober-, Mittel- und Unterfranken haben sich Mitte Juli gemeinsam mit den Regierungspräsidenten, deren Stellvertretern und Andrea Degl, Geschäftsführendes Präsidialmitglied beim Bayerischen Landkreistag, im Staatsbad Bad Brückenau getroffen. Im Fokus war dabei vor allem das Gelingen Energiewende. Einig waren sich die Landrätinnen und Landräte darin, dass deren Grundlage der Ausbau des Stromleitungsnetzes ist.

Theoretisch, so die einhellige Meinung der Teilnehmenden, könne man den Bereich der Windenergie auf Basis der vorhandenen Landesplanung weiter ausbauen. „Das Problem ist das Leitungsnetz“, fasste Wilhelm Schneider, Landrat des Landkreises Haßberge und Vorsitzender des Bezirksverbands Unterfranken, zusammen. „Es ist kaum Kapazität da. Die Betreiber bauen die Netze nicht strategisch, sondern nur nach Bedarf aus – das muss sich ändern.“



(Foto: Nathalie Bachmann)

Mitten in Deutschland liegt der Landkreis Bad Kissingen, eine der wichtigsten Nord-Süd-Verbindungen, die A 7, durchquert ihn – das macht ihn von allen Seiten aus schnell erreichbar. Größter wirtschaftlicher Zweig ist der Fremdenverkehr aus Gästen, die ihren Urlaub hier verbringen oder eine Kur- oder Rehamaßnahme wahrnehmen. Kein Wunder, dass der Landkreis sich als Gesundheitsregion versteht! Hier befinden sich die bekannten drei Kurorte: Bad Bocklet, Bad Brückenau und Bad Kissingen. Bei vielen Anwendungen spielt das Heilwasser als Trink- oder Badekur eine Rolle. Seit 2015 ist das Bäderland Bayerische Rhön, zu dem der Landkreis Bad Kissingen zählt, „Gesundheitsregion^{Plus}“. Ziel ist, die Gesundheitsvorsorge und die medizinische Versorgung der Menschen zu verbessern. In den Kurstädten finden sich prächtige Bauten – darunter Europas älteste Wandelhalle oder der Regentenbau. Gepflegte Kurgärten und weitläufige Parkanlagen dehnen sich in und rund um die Kurstädte aus. Dort, wo sie enden, wechseln sich schmucke Fachwerkhäuser und Neubausiedlungen ab, umgeben von Feld, Wald, Fluss und Flur. Auch Kultur- und Sportinteressierte werden fündig: Vom Klassik-Event Kissinger Sommer, Kissinger Winterzauber, vom Golfen, Reiten und Radfahren auf dem ausgebauten Radnetz, das auch Mountainbiker einschließt, schwärmen nicht nur Einheimische. Von den insgesamt 175 Kilometern des Premiumwanderweges „Der Hochrhöner“ – ausgedehnt auf Bayern, Hessen und Thüringen – führen 150 Kilometer durch das Biosphärenreservat Rhön und eben auch durch den Landkreis. Wer einfach nur genießen will – kein Problem das Kleinod, durch das sich die Fränkische Saale schlängelt, lädt herzlich dazu ein.

Landrat ist seit 2002 Thomas Bold (CSU).

Der Landkreis hat 104.567 Einwohner (Stand: 31. 12. 2022).

Landrat Bold wies darauf hin, dass Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger bereits im Herbst bei der Versammlung des Regionalen Planungsverbands deutlich gemacht hatte: Ein Netzausbau unterhalb der Bundesnetzagentur-Ebene ist die Voraussetzung dafür, dass Strom transportiert werden kann. „Ohne Netz kann man erneuerbare Energien nicht planen bzw. bauen – hier braucht es dringend eine überörtliche Planung“, so Bold.

Bei der Dienstbesprechung in spektakulärer Kulisse diskutierten die Anwesenden unter anderem darüber, eine Projektgruppe einzurichten, die die Umsetzung der Energiewende in Unterfranken unterstützt und koordiniert. Der Regierungspräsident von Unterfranken,

Dr. Eugen Ehmann, wies darauf hin, dass bei der Regierung die entsprechende organisatorische Struktur geschaffen worden sei. Tätig werden könne man derzeit nur eingeschränkt, weil wichtige Vorgaben, z.B. zum Arten- und Wasserschutz, noch fehlen. Das sei auch bereits an die Staatskanzlei so kommuniziert worden.

Gastgeber der Tagung war Thomas Bold, Landrat des Landkreises Bad Kissingen. In diesem Rahmen findet die Dienstbesprechung einmal im Jahr statt. Dabei werden Themen besprochen, die landkreis- bzw. regierungsbezirksübergreifend von Interesse sind bzw. bei denen Landkreise aus den Erfahrungen anderer lernen können.

Pflege-Ausbildungsverbund Ostallgäu-Kaufbeuren gegründet

Im Landratsamt Ostallgäu ist im Beisein von Gesundheitsminister Holetschek Mitte Juni der Vertrag für den Ausbildungsverbund Pflege Ostallgäu-Kaufbeuren unterschrieben worden. Der Ausbildungsverbund entstand auf Initiative des Landkreises Ostallgäu und ist der erste im Allgäu und bayernweit der erste mit einer Hochschule als Partner. „Von unserem neuen Ausbildungsverbund erhoffen wir uns einen weiteren kräftigen Schub für die Pflegeausbildung im Landkreis – qualitativ und quantitativ“, sagt Landrätin Maria Rita Zinnecker. „Wir kümmern uns damit schon heute um die Pflege von morgen.“

Schlüsselfakten rundum den Ausbildungsverbund Pflege

Ziele des Ausbildungsverbunds Pflege sind unter anderem gemeinsame hohe Standards bei der Ausbildung und eine Zusammenarbeit bei Praxiseinsätzen. Außerdem soll es durch die Kooperation auch kleineren Einrichtungen ermöglicht werden, Ausbildungsplätze anzubieten. Zu den Gründungsmitgliedern gehören der Landkreis Ostallgäu mit seinen Senioren- und Pflegeheimen in Buchloe, Obergünzburg und Waal, die Kliniken Ostallgäu-Kaufbeuren mit der Pflegeschule Ostallgäu-Kaufbeuren, das Bayerische Rote Kreuz Kreisverband Ostallgäu, das Bildungszentrum Allgäu

Kempton für Pflege, Gesundheit und Soziales der gemeinnützigen Gesellschaft für soziale Dienste (GGSD) und die Hochschule Kempten.

Ausbildungsverbund ein „Muss“

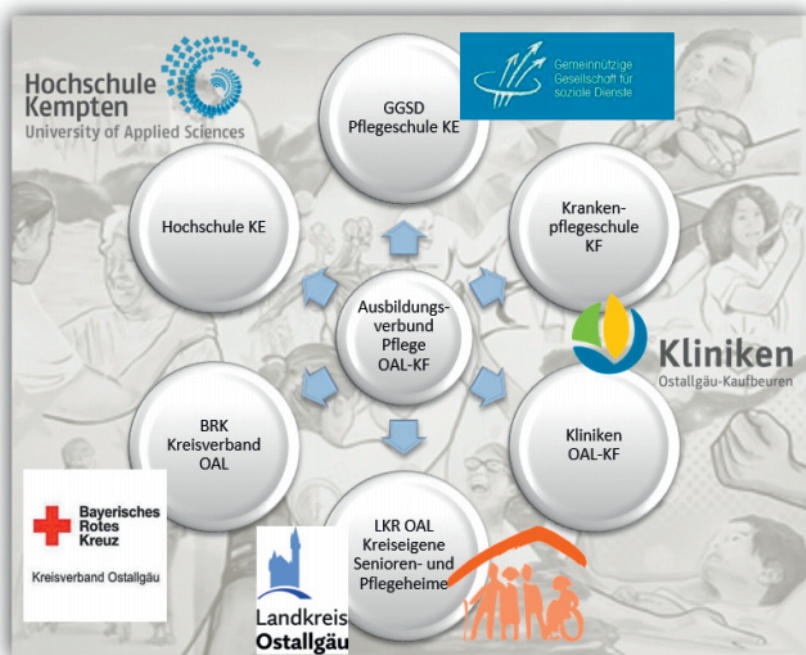
Für Holetschek sind die Ausbildungsverbünde in der Pflege ein „guter Weg, denn sie ermöglichen Austausch und Agieren auf Augenhöhe“. Sie könnten durch einheitliche Prozesse zu einer Qualitätssteigerung der Pflegeausbildung beitragen und den Verwaltungsaufwand für die einzelne Ausbildungsstätte reduzieren. Das schaffe größere Kapazitäten für die Ausbildung. Holetschek lobte die Anstrengungen im Ostallgäu als „vorbildlich“ und dankte allen die dabei sind: „Wir müssen das zusammen wuppen, denn die Lage in der Pflege ist prekär.“ Zinnecker hofft sehr, dass bald viele weitere Mitglieder in den Ausbildungsverbund eintreten und dadurch eine „starke Stimme der Pflege im Ostallgäu und in Kaufbeuren“ entstehe.

Nach der Vertragsunterzeichnung trug sich Holetschek in das goldene Buch des Landkreises ein. Abschließend richtete Zinnecker ihren Dank an das Beratungsteam Pflegeausbildung des Bundesamtes für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben für die Unterstützung bei der Gründung des Ausbildungsverbundes. Der

Landkreis übernahm bei der Gründung die Moderation und Koordination der gemeinsamen Erarbeitung des Kooperationsvertrages.

Die Anfänge

Die Notwendigkeit eines Ausbildungsverbundes war das Kernergebnis beim ersten Plenum Netzwerk Pflege Ostallgäu, zu dem Zinnecker im Januar 2020 eingeladen hatte. Der Bedarf wurde unterstrichen durch das damals neu in Kraft getretene Pflegeberufegesetz, das die Ausbildung der Pflegeberufe durch eine Generalisierung grundlegend reformiert hatte. Diese neuartige Form der Ausbildung fordere laut Zinnecker die Träger der praktischen Ausbildung, die Pflegeschulen und alle an





V. l.: Andreas Kutschker (Vorstand Kliniken Ostallgäu-Kaufbeuren), Gesundheitsminister Klaus Holetschek, Landrätin Maria Rita Zinnecker, Tobias Grad (Stellvertretender Geschäftsführer GGSD), Heike Gülker (Werkleiterin Kreis-Seniorenheime), Prof. Wolfgang Hauke (Präsident Hochschule Kempten) und Thomas Hofmann (Geschäftsführer BRK Kreisverband Ostallgäu); (Foto: Landkreis Ostallgäu)

der Ausbildung Beteiligten in ganz besonderer Weise heraus. Ihr Appell lautete deshalb: „Kooperation statt Konkurrenz muss der Weg der neuen Pflegeausbildung in Richtung Zukunft sein, um gemeinsam mehr Fachkräfte für diesen abwechslungsreichen und verantwortungsvollen Beruf zu gewinnen.“

Informationen zum Ausbildungsverbund Pflege können beim Demenzbeauftragten des Landkreises, Gerhard Stadler, erhalten werden unter Telefon 08342 911-624 oder per E-Mail: gerhard.stadler@lra-oal.bayern.de.

(LRA Ostallgäu)

Aus 2 wird 1 – Landkreis und Stadt Günzburg planen ein gemeinsames, modernes Seniorenzentrum

Von Angela Brenner, Pressesprecherin des Landratsamts Günzburg

Als eine „einmalige Chance“ bezeichnen Landrat Dr. Hans Reichhart und Oberbürgermeister Gerhard Jauernig die Pläne des Landkreises und der Stadt Günzburg zum Bau eines gemeinsamen Seniorenzentrums. Zusammen wird ein moderner, zukunftsorientierter Neubau errichtet, der gleich zwei in die Jahre gekommene Altenheime ersetzen wird. Von den geschaffenen Synergien sollen alle profitieren.

Wie kam es zu diesem interkommunalen Großprojekt?

Am Anfang planten der Landkreis und die Stadt Günzburg den Neubau bzw. die Sanierung ihrer Altenheime getrennt voneinander.

Das Wahl-Lindersche Altenheim in Günzburg wurde 1978 eröffnet und ist seitdem auch in kommunaler Hand des Landkreises. Ursprünglich wurde das Wahl-Lindersche Altenheim für „rüstige Senioren“ gebaut.

„Im gemeinsamen Seniorenzentrum von Landkreis und Stadt können künftig verschiedenste Arten des Wohnens realisiert werden. Wir möchten alle Pflegeangebote abbilden und verschiedenste Möglichkeiten der Betreuung anbieten“, so Landrat Dr. Hans Reichhart.

Mittlerweile haben sich die Anforderungen an die Pflege allerdings geändert – die baulichen Gegebenheiten vor Ort machten es schwer, diese umzusetzen. Auch ist das Gebäude inzwischen in die Jahre gekommen.

Die Lösung: ein Neubau, um einerseits die Anforderungen im Bereich der Pflege erfüllen zu können und andererseits für die Bewohnerinnen und Bewohner sowie für die Beschäftigten ein räumliches Umfeld zu schaffen, in dem sich alle wohl fühlen können. „Wir werden ein Seniorenzentrum schaffen, in dem verschiedenste Arten des Wohnens realisiert werden können“, sagt Landrat Dr. Hans Reichhart.



Das Alten- und Pflegeheim der Heiliggeist-Spitalstiftung in der Günzburger Innenstadt (Foto: Julia Ehrlich/Stadt Günzburg)



Das Modell des geplanten Neubaus des Seniorenzentrums in der Lindenallee in Günzburg (Foto: Angela Brenner/LRA Günzburg)

Das beste Ergebnis durch einen interdisziplinären Realisierungswettbewerb

Dafür hat der Landkreis Günzburg einen sogenannten interdisziplinären Realisierungswettbewerb ins Leben gerufen. Das heißt: Es wurden für die Neubau-Pläne nicht nur nach einem Architekturbüro gesucht, sondern auch gleich das weitere Planungsteam beispielsweise für Landschaftsarchitektur, Tragwerksplanung und die technische Ausrüstung. Die Pläne, die die Jury als Sieger kürten, überzeugten neben der Funktionalität auch mit der Wirtschaftlichkeit sowohl bei der Errichtung als auch im späteren Betrieb. Und: Die Pläne ließen auch Platz für eine mögliche Aufstockung. Und genau die kommt nun früher als gedacht.

Hohe Zinsen und die Corona-Pandemie bremsen die ursprünglichen Pläne der Stadt

Zeitgleich plante nämlich auch die Stadt Günzburg die Sanierung ihres kommunalen Alten- und Pflegeheims der Heiliggeist-Spitalstiftung in der Innenstadt. Doch dann kam die Corona-Pandemie, hohe Zinsen und Inflation. „Wir wollten eigentlich 2021 mit der Erweiterung beginnen. Aus wirtschaftlichen Gesichtspunkten ist die Sanierung zum jetzigen Zeitpunkt nicht mehr darstellbar“, sagt Günzburgs Oberbürgermeister Gerhard Jauernig. Deshalb sei er an den Landrat herange-

treten, um nach möglichen, bestenfalls gemeinsamen Alternativen zu suchen. Und stieß beim Landkreischef auf offene Ohren.

Eine gemeinsame und zukunftssichere Lösung

Nach intensiven Gesprächen verfolgen der Landkreis und die Stadt nun einen gemeinsamen Neubau in der Nähe der Bezirkskliniken. „Es ist eine einmalige Chance, mit dem Bau des Wahl-Linderschen Seniorenzentrums eine starke Einrichtung für die nächsten Jahrzehnte zu errichten“, betont Günzburgs Oberbürger-



Das Wahl-Lindersche Altenheim in Günzburg (Foto: Wahl-Lindersche Altenheim)

meister Gerhard Jauernig. „Und das in kommunaler Trägerschaft.“ Auch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wird sich außer einer anderen Örtlichkeit nichts ändern, versichert Landrat Dr. Hans Reichhart. „Alle Beschäftigten bleiben im öffentlichen Dienst.“ Die Heimleitungen arbeiten schon jetzt eng zusammen und sind in die Planungen involviert.

Win-Win für alle

Von dem Zusammenschluss sollen alle profitieren: Für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wird ein modernes und funktionales Arbeitsumfeld geschaffen. Der Landkreis und die Stadt schaffen Synergieeffekte dank einer zentralen Verwaltung und des gemeinsamen Einsatzes von Pflegekräften und für zukünftige Bewohnerinnen und Bewohner wird ein modernes und funktionales Zuhause geschaffen, in dem sich alle wohl fühlen sollen. So wird es in dem neuen Seniorenzentrum beispielsweise nur noch Einzelzimmer geben.

In dem Neubau gibt es Platz für 200 stationäre Pflegeplätze, zwei ambulant betreute Wohngemeinschaften mit je 12 Plätzen sowie 36 Ein- und Zweizimmer-Appartements im betreuten Wohnen. Außerdem sind 20 bis 25 Plätze für eine Tagespflege vorgesehen und

Platz für eine Physiotherapie-Praxis. „Hier können künftig verschiedenste Arten des Wohnens realisiert werden“, sagt Landrat Dr. Hans Reichhart. Aktuell ist im Gebäude des Wahl-Linderschen Seniorenheims lediglich eine stationäre Pflege untergebracht. Künftig soll es auch ambulante Wohngruppen und eine Tagespflege geben.

Baubeginn ist in ein oder zwei Jahren geplant

Auch der neue Standort überzeugt die Kommunalpolitiker: Das neue Seniorenzentrum wird in der Nähe der generationenübergreifenden Wohnanlage Dr.-Georg-Simnacher-Stiftung errichtet. „Hier haben wir ein Gesamtkonzept, das passt“, ist Landrat Dr. Hans Reichhart überzeugt. Das Seniorenzentrum vereint zukunftsfähige, bedarfsgerechte und ortsnahe Betreuungsangebote je nach Lebenssituation unter einem Dach.

Schon in ein oder zwei Jahren könnte der Bau beginnen, ist der Landrat überzeugt. Der Förderantrag soll noch in diesem Jahr gestellt werden. „Wir ziehen alle in die gleiche Richtung und am selben Strang“, fasst Landrat Dr. Hans Reichhart die gemeinsamen Pläne des Landkreises und der Stadt Günzburg zum Neubau des Seniorenzentrums zusammen.



Luftaufnahme des künftigen Standorts (Foto: Matthias Kiermasz/LRA Günzburg)

Weißenburg-Gunzenhausener Landrat als Praktikant in der Tagespflege der AWO in Markt Berolzheim

Einblicke in andere Berufe

Zur Tätigkeit als Landrat gehört für Manuel Westphal auch der Einblick in andere Berufe, die mit unterschiedlichen Herausforderungen konfrontiert sind, so zum Beispiel auch der Bereich Pflege. Aus diesem Grund hat Landrat Manuel Westphal ein kurzes Praktikum in der AWO Tagespflege in Markt Berolzheim absolviert. Dort half er den Mitarbeitenden vor Ort bei der täglichen Arbeit.

Abläufe in Tagespflege

Die erste Aufgabe bestand darin, gemeinsam mit den Pflegekräften für die Gäste der Tagespflegeeinrichtung das Frühstück vorzubereiten. Je nach Wunsch werden ab etwa 08.00 Uhr fleißig entweder Semmeln mit Wurst oder Käse belegt oder auch mit Marmelade bestrichen. Anschließend folgte die gemeinsame Zeitungsrunde, die neben der Gymnastikrunde fester Bestandteil des Tagesablaufes ist. Diese wurde allerdings gerne gegen eine Fragerunde an den Landrat getauscht, denn keiner der Anwesenden wollte sich schließlich die Gelegenheit entgehen lassen, dem Landrat mal ganz persönlich eine Frage stellen zu können.

Alles rund ums Getreide

Zu dem abwechslungsreichen Programm, das die Tagespflege in Markt Berolzheim anbietet, stand am Tag des Praktikums das Thema „Getreide“ auf dem Plan. Dazu hatte die Betreuungskraft verschiedene Getreideähren und -körner dabei, die bestimmt werden konnten. Für Landrat Manuel Westphal, dessen Familie eine

Weg vom eigenen Schreibtisch und andere Arbeitsbereiche kennenlernen, das ist eines der Ziele, welches Landrat Manuel Westphal mit seinen Praktika in verschiedenen Bereichen verfolgt. Dabei schnuppert der Landrat zum einen in Arbeitsbereiche seiner Behörde, zum Beispiel bei Praktika an den beiden Recyclinghöfen oder beim Bauhof. Doch auch außerhalb des Amtsbereichs will Manuel Westphal wissen, welche Herausforderungen im Arbeitsalltag beispielsweise im Bereich der Pflege warten. „Im Landratsamt ist es mir wichtig, den Mitarbeitenden bei ihrer täglichen Arbeit mal über die Schulter zu schauen, um zu verstehen, wie die Arbeitsabläufe in den einzelnen Bereichen sind und welche Verbesserungen evtl. umsetzbar sind. So kann ich die täglichen Herausforderungen auch besser nachvollziehen. Außerhalb des Amtes finde ich es aber auch wichtig, den beruflichen Alltag zu verstehen. So habe ich vor, auch in Zukunft beispielsweise mal im Klinikum Altmühlfranken mitzuarbeiten“, erklärt Landrat Manuel Westphal.



Der Landrat unterstützte einen Vormittag lang die Tagespflege in Markt Berolzheim. (Foto: Karin Stanek)

Landwirtschaft betreibt, war das genauso wenig ein Problem wie für die Besucherinnen und Besucher der Tagespflege. Auch alte Sorten wurden sicher erkannt.

Vom Landrat vorbereitetes Mittagessen

Zum Abschluss des Praktikums half Landrat Westphal noch bei der Vorbereitung des Mittagessens, das vor Ort frisch zubereitet wurde. Bei Nudeln und Gulasch konnten die Gäste der Tagespflege sich noch etwas mit dem Landrat unterhalten, ehe der Praktikumstag endete. Sowohl die Tagesgäste als auch die Mitarbeitenden bedankten sich bei Landrat Westphal für den doch außergewöhnlichen Besuch und hießen ihn jederzeit wieder willkommen.

„Für mich ist es immer interessant, andere Berufsbilder im Rahmen eines Praktikums zu begleiten. Nur so kann man die Herausforderungen, die den Menschen in der täglichen Arbeit begegnen, besser verstehen. Wenn es meine Zeit zulässt, versuche ich immer mal ein Praktikum in den verschiedensten Bereichen, wie zum Beispiel dem Klinikum, zu absolvieren. Auch im Landratsamt habe ich schon tatkräftig bei den Recyclinghöfen mit angepackt“, so Landrat Manuel Westphal.

(LRA Weißenburg-Gunzenhausen)



*Praktikum in den beiden Recyclinghöfen des Landkreises
(Foto: LRA Weißenburg-Gunzenhausen)*

Bezirk Oberpfalz und Landkreis Cham unterzeichnen Kooperationsvertrag

Mehr als eine Pflichtvereinbarung

Der Landkreis Cham als örtlicher Träger der Sozialhilfe und der Bezirk Oberpfalz als überörtlicher Träger der Eingliederungs- und Sozialhilfe unterzeichneten am 7. September im Landratsamt Cham einen Kooperationsvertrag. „Auch wenn uns der Gesetzgeber eine solche Vereinbarung vorschreibt, ist es für den Bezirk Oberpfalz nicht nur eine Pflichtvereinbarung“, verspricht Bezirkstagspräsident Franz Löffler. „Die neue Vereinbarung soll die Leistungen und Planungen in der schon

sehr guten Zusammenarbeit noch stärker aufeinander abstimmen. Ziel ist dabei immer das Wohl der Menschen in der Oberpfalz.“

Immer die richtige Hilfe

Auch Markus Müller, stellvertretender Landrat des Landkreises Cham, sieht in der engen Zusammenarbeit der beiden Sozialhilfeträger einen Gewinner: die Hilfesuchenden. „Egal in welcher Lebenssituation und bei welchem Hilfebedarf – durch die enge Zusammenarbeit zwischen Landkreis und Bezirk können wir sicherstellen, immer die richtige Hilfe zu finden und das Angebot weiter sinnvoll auszubauen. Ich danke Bezirkstagspräsident Franz Löffler für das breite Engagement des Bezirks direkt bei den Menschen vor Ort in den Landkreisen.“



Bezirkstagspräsident Franz Löffler und stellvertretender Landrat Markus Müller unterzeichnen den Kooperationsvertrag im Beisein von Dr. Benedikt Schreiner, Leiter der Verwaltung des Bezirks Oberpfalz, und Martina Altmann, Leiterin der Abteilung soziale Angelegenheiten am Landratsamt. (Foto: Landkreis Cham)

Regionale Kooperationen und Austausch

In verschiedenen Formaten arbeiten der Bezirk Oberpfalz und der Landkreis Cham zusammen, um sich bei der Versorgung der Bürgerinnen und Bürger miteinander abzustimmen. Das geht von der Kooperationsstelle Landkreis Cham inklusiv über die Aktionsgruppe „Gesundes Altern in der Oberpfalz“ bis zum Gesundheits- und Pflegeforum. Diese Zusammenarbeit wird in Zukunft weiter intensiviert. Besonders bei der Unterstützung in schwierigen Lebenslagen wird mit Rücken- deckung des Bayerischen Gesundheitsministeriums die Einführung von „Gemeineschwestern“ geplant.

Abgestimmte Beratung

Beratungen zu den umfangreichen Hilfen sind insbesondere, wenn man erstmals mit einer Problemsituation konfrontiert ist, entscheidend. Die Beratungen zu den gesetzlichen Leistungen und Ansprüchen erfolgen in den Beratungsstellen von Landkreis und Bezirk in enger Absprache. Gerade Beratungen zu Hilfe zur

Pflege vor Ort im Landratsamt werden sehr gut angenommen. Alle 14 Tage sind erfahrene Beraterinnen und Berater des Bezirks im Landratsamt und stehen für individuelle Gespräche zur Verfügung. Der Beratungsbedarf steigt hier ständig. Alleine im ersten Halbjahr 2023 wurden fast 250 Chamerinnen und Chamer beraten. Dabei rund 80 vor Ort im Landratsamt.

(LRA Cham)

Hochkarätig besetzte Sicherheitstagung im Landratsamt Kitzingen

Eine zentrale Aufgabe des Landratsamtes als Sicherheitsbehörde ist – im Verbund mit allen Sicherheitsbehörden auf Bundes- und Landesebene – die Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung. Im Rahmen dessen fand am 29. Juni 2023 erstmals eine Sicherheitskonferenz zu aktuellen Herausforderungen im Landratsamt statt.

Für diese Veranstaltung konnte Landrätin Tamara Bischof gemeinsam mit dem Präsidenten des Oberlandesgerichts Bamberg Lothar Schmitt die Spitzenvertreter der örtlich zuständigen Sicherheitsorgane gewinnen: Generalstaatsanwalt Wolfgang Gründler von der Generalstaatsanwaltschaft Bamberg, Präsident des Landgerichts Würzburg Dr. Johannes Ebert, die Direktorin des Amtsgerichts Kitzingen Ingrid Johann, den ständigen Vertreter des Leitenden Oberstaatsanwalts in Würzburg Dr. Hubert Stühler, für das Polizeipräsidium Unterfranken Kriminaldirektor Libionka und Kriminalrat Streib und den Leiter der PI Kitzingen Polizeidirektor Jochen Dietrich sowie seinen Stellvertreter EPHK Alexander Lier. Aus den Reihen des Landratsamtes wurde die Runde mit der stv. Landrätin Dr. Knof, Abteilungsleiterin Lisa Storath, Abteilungsleiter Matthias Will sowie Sachgebietsleiter Armin Stäblein komplettiert.

Nach einer kurzen Begrüßung und Impulsen zu aktuellen Fällen des Landratsamtes durch Landrätin Bischof betonte der Präsident des Oberlandesgerichts Schmitt zu Beginn: „Es ist essentiell, dass sich auch die Spitzen der Justiz, Staatsanwaltschaften und Sicherheitsbehörden intensiv und direkt abstimmen – nur so können wir uns optimal vorbereiten, um im Notfall schnell und sachgerecht reagieren zu können.“

Im Bereich Cyberkriminalität haben Schulungen und Sensibilisierung oberste Priorität

Am Vormittag stand zunächst das Thema Cyberkriminalität und -sicherheit im Fokus. Generalstaatsanwalt



V.l.n.r.: Hr. Schmitt, Hr. Gründler, Hr. Streib, Fr. Bischof, Hr. Lier, Fr. Dr. Knof, Hr. Dr. Stühler, Hr. Dr. Ebert, Hr. Dietrich, Frau Johann, Hr. Libionka (Foto: Carolin Mäder / Landratsamt Kitzingen)

Wolfgang Gründler, in dessen Behörde die Zentralstelle Cybercrime Bayern angesiedelt ist, referierte eindrucksvoll und tiefgehend über die Bandbreite und wirtschaftlichen Gefahren durch Cyberstraftaten und Angriffe dieser Art; anhand der häufigsten Angriffsvektoren und damit verbundenen Bedrohung für die Sicherheitsbehörden selbst zeigte er in einer intensiven Sensibilisierung Wege und Mittel auf, wie man seine IT-Sicherheit idealerweise verbessern kann. Dabei wurde schnell klar, dass es keine hundertprozentige Sicherheit geben kann. Der entscheidende Faktor sei in den meisten Fällen der Mensch, der vor dem PC sitze und daher habe die fortlaufende Schulung und Sensibilisierung der Mitarbeiter/innen oberste Priorität.

Am Nachmittag stand der Austausch über aktuelle sicherheitsrelevante Fragen im Landkreis auf der Agenda. Mit dem Ortswechsel nach Iphofen wurde zugleich die Sicherheitstagung um Dieter Lenzer, 1. Bürgermeister der Stadt Iphofen und Kreisverbandsvorsitzender des Bayerischen Gemeindetags sowie weitere Bürgermeister ergänzt, so dass zum Abschluss

auch die kommunale Sicht auf Sicherheitsfragen erörtert werden konnte.

Bessere Verständigung durch Einblicke in die Arbeit der anderen Behörden

Landrätin Tamara Bischof zeigt sich sehr zufrieden mit dem Verlauf der Konferenz: „Die Möglichkeit sich in dieser hochkarätigen Runde mit allen sicherheitsrelevanten Behörden auszutauschen, hat allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern hohen Erkenntnisgewinn für die eigenen Sicherheitsthemen, aber auch wichtige Einblicke in die Arbeit der anderen Behörden verschafft, sodass wir in der weiteren Zusammenarbeit von einer noch besseren Verständigung profitieren werden.“

Nach dem Ende des offiziellen Teils der Veranstaltung erwartete die Gäste noch eine Stadtführung durch das historische Iphofen und auch eine Weinprobe durfte beim Besuch eines Weinortes nicht fehlen.

(LRA Kitzingen/Carolin Mäder)

Länderübergreifendes Mobilitätskonzept für die Metropolregion FrankfurtRheinMain



Die Mitglieder des Strategieforums mit Axel Wintermeyer, Chef der Hessischen Staatskanzlei und Vorsitzender des Strategieforums (4.v.l.) und Landrat Jens Marco Scherf (4.v.r.), Vertreter der Region Bayerischer Untermain (Foto: Winfried Zang)

Der Landkreis Miltenberg war im Juli Gastgeber für das länderübergreifende Strategieforum FrankfurtRheinMain. Dabei wurde bekannt, dass das Strategieforum ein länderübergreifendes Mobilitätskonzept für die Metropolregion auf den Weg gebracht hat. Dieses wird von einer Bietergemeinschaft, bestehend aus der Ramboll Deutschland GmbH, dem Fraunhofer Institut für Materialfluss und Logistik (IML) und Trafficon, erarbeitet.

„Für die dynamische Entwicklung der Metropolregion ist es wichtig, dass Menschen, Unternehmen und Betriebe in der Region mobil sein können – überall, zu jeder Zeit, auf Dauer und intelligent vernetzt. Wir wollen Mobilität aus einem Guss, die nicht an Landesgrenzen aufhört. Aus diesem Grunde freuen wir uns sehr, dass die Bietergemeinschaft einstimmig zur Erarbeitung des länderübergreifenden Mobilitätskonzeptes ausgewählt worden ist. Die Mobilität der Zukunft beginnt genau jetzt – im Interesse aller“, sagte der Chef der Hessischen Staatskanzlei und Vorsitzende des Strategieforums, Staatsminister Axel Wintermeyer.

Die Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main ist eine der wichtigsten nationalen und internationalen Verkehrsdrehscheibe im Herzen Europas. Hier kreuzen sich täglich die Wege von hunderttausenden Pendlerinnen, Pendlern und Wirtschaftsunternehmen. Um die Mobilität der Zukunft in der prosperierenden Region klug zu gestalten, hatten die Mitglieder des Strategieforums FrankfurtRheinMain bereits am 13. Mai 2022 auf der 7. Sitzung des Gremiums einen wichtigen Beschluss gefasst: die Erstellung eines länderübergreifenden Mobilitätskonzeptes. Dadurch sollen die vorhandenen An-

Strategieforum FrankfurtRheinMain

Das „Länderübergreifende Strategieforum FrankfurtRheinMain“ hat das Ziel, erstmals über Ländergrenzen hinweg strategische Leitlinien und Visionen für die gesamte Region zu entwickeln. In diesem Think-Tank, mit hochrangigen Vertreterinnen und Vertretern aus Kommunen, Wirtschaftskammern und Landesregierung der vier Länder Hessen, Bayern, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg, sollen tragfähige und zukunftsorientierte Konzepte für die Region entwickelt werden. Zugleich sollen die in der Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main vorhandenen, zahlreichen Initiativen und Prozesse besser miteinander verzahnt werden. Bestehendes verzahnen – Neues denken, das ist der Anspruch dieses Forums!

Es gibt fünf Fachgruppen:

- Gründerregion
 - Mobilität
 - Planungsbeschleunigung
 - Smart region
 - Wir leben Metropolregion
- Die Protokolle der Sitzungen finden Sie unter <https://strategieforum-frankfurtrheinmain.de/ergebnisse/sitzungen>, d.h. das Vorgehen ist absolut transparent. Bisher 9 Sitzungen.

Nähere Informationen auf der Homepage des Strategieforums unter: strategieforum-frankfurtrheinmain.de



Im Alten Gewürzamt Klingenberg tagte das Strategieforum der Metropolregion FrankfurtRheinMain. (Foto: Winfried Zang)



gebote besser aufeinander abgestimmt werden. Das neue Mobilitätskonzept wird dementsprechend auch auf der Basis vorhandener Mobilitätsstrategien erarbeitet. Es werden dabei alle Verkehrsträger wie Busse, Bahnen, Autos, Fahrräder und natürlich auch Fußgänger miteinbezogen. Außerdem werden Faktoren wie Nachhaltigkeit, Digitalisierung sowie alle Raumtypen – städtische Ballungsgebiete ebenso wie der ländliche Raum – berücksichtigt.

Außerdem begrüßen es die Mitglieder des Strategieforums, dass Frankfurt/Rhein-Main zu den zwei Finalisten für den Titel „World Design Capital 2026“ gehört. Neben Riad in Saudi Arabien hat sich Frankfurt/Rhein-Main mit dem Claim „Design for Democracy. Atmospheres for a better life“ gegen die anderen Bewerber durchgesetzt und damit einen entscheidenden Meilenstein erreicht, den weltweit angesehenen Titel zu erhalten. Die Bewerbung wird durch den Kulturfonds FrankfurtRheinMain GmbH unterstützt, deren Geschäftsführerin Karin Wolff mit den Mitgliedern des Strategieforums über die länderübergreifende Zusammenarbeit in Kulturaktivitäten in der Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main diskutierte.

Staatsminister Axel Wintermeyer machte deutlich, dass bei der Arbeit des Strategieforums die Verantwortung für die Gemeinschaft im Vordergrund steht. „Wir denken die Region gemeinsam. Die Zusammenarbeit funktioniert reibungslos, der Austausch ist offen und konstruktiv und davon profitieren alle“, sagte Winter-



Axel Wintermeyer, Chef der Hessischen Staatskanzlei und Vorsitzender des Strategieforums (rechts) trug sich in das Goldene Buch des Landkreises Miltenberg ein, beobachtet von Landrat Jens Marco Scherf. (Foto: Winfried Zang)

meyer. Im Strategieforum arbeiten die Landesregierungen aus Hessen, Rheinland-Pfalz, Bayern und Baden-Württemberg, die Wirtschaftskammern der Region sowie Landräte und Oberbürgermeister an der Zukunft der Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main.

(LRA Miltenberg)

„Wir als Bayern waren im vergangenen Jahrzehnt stets ein verlässlicher Antreiber für eine engere Zusammenarbeit in der länderübergreifenden Metropolregion von Miltenberg bis Main. Mit dem 2018 gegründeten Strategieforum haben wir eine extrem bürokratiearme Plattform aus den Staatskanzleien, den Wirtschaftskammern und den kommunalen Ebenen aus vier Bundesländern geschaffen. Seit 2018 kann ich als Landrat erfolgreich bayerische Interessen bei Themen wie der Mobilität, des Wirtschaftsstandortes und der Digitalisierung vertreten. Als Leiter der jüngst gegründeten Fachgruppe „Wir leben Metropolregion“ ist es mir ein Anliegen, die Identifikation der Menschen mit ihrer Metropolregion im Herzen Europas zu stärken. Die Vielfalt ist prägend für unsere Metropolregion – heute verteilt auf vier Bundesländer sind wir kulturgeschichtlich eng verwoben, was heute sprachlich noch gut zu hören ist. Die Vielfalt hinsichtlich der Herkunft und Prägung unserer Bevölkerung, vom Odenwälder Bub bis zum Frankfurter Mädche ebenso wie die Vielfalt unserer Wirtschaft von der traditionsreichen chemischen Industrie bis hin zur innovativen High-Tech-Industrie, macht unsere Metropolregion unverwechselbar“, so Landrat Jens-Marco Scherf, Miltenberg.

Fulminanter Abschluss des Vereinscoaching-Projekts im Landkreis Regensburg

Wie können hauptamtliche Stellen auf Landkreisebene ehrenamtliche Stellen möglichst gut unterstützen?

Landrätin Tanja Schweiger: „Die Antwort hier im Landkreis Regensburg auf diese Frage ist eindeutig: Man braucht Freiwilligenagenturen oder vergleichbare Stellen auf Landkreisebene. Die müssen auf Dauer angelegt und finanziert und natürlich mit qualifiziertem Personal und den notwendigen Ressourcen ausgestattet sein. Wenn das gegeben ist, dann kann man auf Landkreisebene – auch vom Landratsamt aus – viel tun für ehrenamtlich Aktive und Organisationen: eine Vereinsschule starten, ein Vereinscoaching-Projekt, eine rechtliche Erstberatung für Vereine, um nur die Dinge zu nennen, die Vereine betreffen. Natürlich gibt es auch viele andere. Das Feld, auf dem man hier eine gute Arbeit machen kann, ist groß.“

Mit einer großen Abschlussveranstaltung im Landratsamt Regensburg endete im Juli das dreijährige Projekt „Individuelles Vereinscoaching im Landkreis Regensburg“ der Freiwilligenagentur des Landkreises Regensburg. Insgesamt 30 Vereine wurden in diesem Bundesprojekt auf die Herausforderungen der Zukunft vorbereitet. Mit professioneller Anleitung und in intensiver Projektarbeit wurden für jeden Verein individuelle Handlungsanleitungen und Strategien erarbeitet, wie sie diesen Herausforderungen erfolgreich begegnen können.

Einzigster Landkreis in Bayern von 18 bundesweiten Teilnehmern

Bereits die Teilnahme der Landkreis-Freiwilligenagentur an dem vom Bundesministerium für Landwirtschaft und Entwicklung (BMEL) 2019 gemeinsam mit dem Deutschen Landkreistag ins Leben gerufenen „Hauptamt stärkt Ehrenamt“-Projekt war ein großer Erfolg. Denn der Landkreis Regensburg war der einzige Landkreis aus Bayern und einer von nur 18 Landkreisen aus ganz Deutschland, die an dem Projekt teilnehmen

konnten. Dessen zentrale Aufgabenstellung lautete, wie hauptamtliche Stellen auf Landkreisebene ehrenamtliche Strukturen möglichst gut unterstützen können. Was braucht man dazu? Wie kann man es angehen? Was ist wichtig?



Landrätin Tanja Schweiger (links) und die Ehrenamtsbeauftragte der Bayerischen Staatsregierung, MdL Eva Gottstein (rechts), überreichen zehn bürgerschaftlich engagierten Bürgerinnen und Bürgern die Bayerische Ehrenamtskarte, von links: Friedrich Ziegler, Anton Sterr, Angelika Gaffron, Peter Dorsch, Liz Vymetal, Victoria Wild, Bettina Dums, Maria Hrubesch, Peter Moser und Robin Aigner. (Foto: Juliane Zitzlsperger)



Prominent besetzte Abschlussveranstaltung

Landrätin Tanja Schweiger konnte zum Abschlussabend am 12. Juli 2023 die Ehrenamtsbeauftragte der Bayerischen Staatsregierung, Eva Gottstein, ebenso begrüßen wie die Leiterin der Abteilung Strukturstärkung bei der Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt, Nina Leseberg. Anwesend war des Weiteren der Vorsitzende der Kreistagsfraktion der CSU, Rainer Mißlbeck, Kreisrat Karl Söllner (SPD) sowie zahlreiche Vertreterinnen und Vertreter zentraler Verbände („Lindenhofkreis“), wie etwa Michael Drindl als Vorsitzender des VdK-Kreisverbands Regensburg, Stefanie Fleiner als Geschäftsführerin des Kreisverbands Gartenkultur und Landespflege, Bernd Schwenk als 1. Gauschützenmeister des Kreisschützenverbands Oberpfalz und Donaugau e.V., Maria Beer von der KAB Regensburg und Markus Stöckl vom Kreisverband Regensburg des Bayerischen Soldatenbunds. Ein besonderer Gruß galt den beiden Trainerinnen, die die 30 Vereine gecoacht haben: Beate Mies und Dr. Miriam Pfad-Eder sowie auch den 130 Vertreterinnen und Vertretern der teilnehmenden Vereine. „Ich danke allen Vereinen für ihre Teilnahme. Sie haben sich in einer – gerade auch für Vereine extrem schweren Zeit, den Corona-Jahren – auf dieses Projekt eingelassen, haben viel Zeit investiert und so eindrucksvoll unter Beweis gestellt, wie wichtig ihnen die Zukunft ihres Vereins und des Ehrenamtes insgesamt ist. Einen besonderen Dank möchte ich der Leiterin unserer Freiwilligenagentur, Dr. Gaby von Rhein, aussprechen. Nur ihrem Einsatz und ihrer Initiative ist es zu verdanken, dass wir uns an diesem Bundesprojekt überhaupt beteiligen konnten. Sie haben das Projekt mit viel Herzblut und Tatkraft durchgeführt, so dass wir es heute sehr erfolgreich abschließen können“, so Landrätin Tanja Schweiger.



Viel Lob für die Förderung ehrenamtlichen Engagements im Landkreis Regensburg

Die Beauftragte der Bayerischen Staatsregierung für das Ehrenamt, MdL Eva Gottstein, sprach Landrätin Tanja Schweiger und Dr. Gaby von Rhein ihre hohe Anerkennung nicht nur für den sehr erfolgreichen Abschluss des Bundesprojekts „Hauptamt stärkt Ehrenamt“ aus; sondern auch dafür, dass der Landkreis Regensburg schon seit vielen Jahren zu den Vorzeigelandkreisen in Bayern gehöre, was das gesamte Tätigkeitsspektrum der Förderung des bürgerschaftlichen Engagements betreffe. Die Freiwilligenagentur des Landkreises gehöre bayernweit zu den innovativsten und aktivsten. Und deshalb zu denen, auf die sie in ihren vielen Besuchen und Begegnungen vor Ort gerne verweise, wenn nach Leuchtturm-Agenturen gefragt werde. Die Corona-Pandemie habe gezeigt, wie wichtig das Thema Ehrenamt sei. Die gegenseitige Unterstützung vor Ort, das Zurückgreifen auf bewährte Strukturen und Netzwerke der Ehrenamtsarbeit habe sich gerade in diesen Krisenzeiten bewährt. Sie habe sich deshalb als Beauftragte der Staatsregierung für das Ehrenamt intensiv dafür eingesetzt, die Wertschätzung für das ehrenamtliche Engagement weiter zu stärken und auszubauen. Mit der Bayerischen Ehrenamtskarte sei ein sehr gutes Instrument gefunden worden, diese Anerkennung zum Ausdruck zu bringen. Der Landkreis Regensburg habe auch hier eine sehr gute Bilanz aufzuweisen, sowohl was die Zahl der Ehrenamtskarten-Besitzer betreffe als auch die Zahl der Akzeptanzstellen, die den Ehrenamtlichen Vergünstigungen gewähren. Zum weiteren Ausbau der Anerkennungskultur gebe es auf Landesebene zahlreiche Vorschläge, unter anderem die Ausweitung der Gültigkeit der Ehrenamtskarte auf eine weitere (Begleit-)Person, oder auch ein vergünstigtes Deutschlandticket für 29 Euro. Sie unterstütze diese Vorschläge, denn alle Initiativen und Projekte – wie etwa auch die große Abschlussveranstaltung heute im Regensburger Landratsamt – trügen dazu bei, das Ehrenamt sichtbar, wertgeschätzt und damit auch nachahmenswert zu machen.

Die Leiterin der Abteilung Strukturstärkung bei der Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt (DSEE), Nina Leseberg, gratulierte dem Landkreis ebenfalls zum erfolgreichen Projektabschluss des Bundesprojekts „Hauptamt stärkt Ehrenamt“. Die Freiwilligenagentur des Landkreises habe eindrucksvoll unter Beweis gestellt, wie mit professionellen Strukturen gute und erfolgreiche Ehrenamtsarbeit gelingen könne und wie ein Landkreis effektive Unterstützungsleistun-

gen anbieten könne, die in der Praxis vor Ort für die Ehrenamtlichen, Vereine und Organisationen einen konkreten Nutzen und damit einen tatsächlichen Mehrwert hätten. Anhand einer Power-Point-Präsentation stellte sie die Arbeit der DSEE vor. Die Stiftung stehe in allen Fragen des Ehrenamts als Ansprechpartner gerne zur Verfügung. Es gebe auch eine große Palette an Fördermöglichkeiten, auch hierzu dürfe man sich jederzeit an sie wenden.

<https://www.deutsche-stiftung-engagement-und-ehrenamt.de/>

Das Vereinscoaching-Projekt

Die Vereinsschule des Landkreises

<https://www.freiwilligenagentur-regensburgerland.de/angebote/vereinsschule/> greift die Themen, die vielen Vereinen unter den Nägeln brennen, seit 2015 im Rahmen von Abendveranstaltungen und Fachtagen auf.

Das Vereinscoaching-Projekt (1.1.2020 – 30.6.2023) ging einen Schritt weiter. Es zielte darauf ab, Vereinen draußen vor Ort, in den Gemeinden, individuell und passgenau beim Stemmen ihrer Herausforderungen zu helfen und sie auf ihrem Weg in die Zukunft zu begleiten.

Es wurde vom Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) über das Bundesprogramm Ländliche Entwicklung und Regionale Wertschöpfung (BULEplus) gefördert und fand im Rahmen des vom BMEL in Kooperation mit dem Deutschen Landkreistag durchgeführten deutschlandweiten Verbundprojekt „Hauptamt stärkt Ehrenamt“ statt.

Mit Unterstützung von zwei professionellen Trainerinnen (Beate Mies und Dr. Miriam Pfad-Eder) wurden 30 Vereine unterschiedlicher Größe und Art gecoacht. Vorort-Workshops, individuelle Beratung und Begleitung, Austauschtreffen, Video-Seminare und eine intensive Zusammenarbeit auf Landkreisebene standen auf dem Programm.

Neue Projekt-Broschüre als Best-Practice-Handlungsanleitung

Zwar sei das Projekt jetzt abgeschlossen, so Landrätin Tanja Schweiger, dessen Erkenntnisse und Ergebnisse aber wirkten auch weiterhin über den Landkreis Regensburg hinaus. Denn das Konzept, der Verlauf, die Ergebnisse, vor allem aber die Workshop-Abläufe und Arbeitsmaterialien seien in einer eigens erstellten Projekt-Broschüre unter dem Titel „Individuelles Vereinscoaching. Erfahrungen und Materialien aus einem Modellprojekt im Landkreis Regensburg“ zusammengefasst worden. „Wir sind begeistert von unseren Ergebnissen und freuen uns, wenn auch andere Landkreise davon profitieren können“, so die Landrätin. Die Broschüre steht ab sofort auf der Homepage der Freiwilligenagentur (<https://www.freiwilligenagentur-regensburger-land.de/>) zum Download bereit. Autorinnen der Broschüre sind Beate Mies, Dr. Miriam Pfad-Eder und Dr. Gaby von Rhein.

Zehn Ehrenamtliche erhielten die Bayerische Ehrenamtskarte

Ein weiterer Programmpunkt des Abschlussabends, der von TwoCanDo (Margot Gerlitz und Darius Saleki) musikalisch begleitet wurde, war die Verleihung der Bayerischen Ehrenamtskarte an zehn ehrenamtlich engagierte Bürgerinnen und Bürger. Landrätin Tanja Schweiger und Eva Gottstein überreichten zehn ausgewählten Ehrenamtlichen die Bayerische Ehrenamtskarte, fünf erhielten die Goldene, fünf die Blaue Ehrenamtskarte. Alle zehn Personen sind in Vereinen engagiert, die am Coaching-Projekt teilgenommen haben.

Die Bildergalerie zum Abschlussabend finden Sie auf der Landkreis-Homepage unter <https://www.landkreis-regensburg.de/our-land-kreis/aktuelles/aktuelle-meldungen/vereinscoaching-im-landkreis-regensburg-erfolgreicher-projektabschluss/> (LRA Regensburg)



Geburtstage



Am 20. Mai 2023 feierte Landrätin **Tamara Bischof** ihren 60. Geburtstag. Die Zweite Vizepräsidentin des Bayerischen Landkreistags wurde 2000 erstmals zur Landrätin des Landkreises Kitzingen gewählt. Sie engagiert sich u.a. als Bezirksrätin von Unterfranken, stv. Vorsitzende des Ausschusses für Gesundheit und Pflege beim Bayerischen Landkreistag und vor allem als 1. Vorsitzende des Vorstands der Bayerischen Krankenhausgesellschaft mit viel Herzblut für den Erhalt einer leistungsstarken kommunalen Daseinsvorsorge.



Landrat **Dr. Klaus Metzger** wurde am 22. Mai 2023 60 Jahre alt. Bis zu seiner erstmaligen Wahl zum Landrat des Landkreises Aichach-Friedberg 2014 war Dr. Metzger u.a. in den Bereichen Bildung, Lehre und Forschung tätig und zuletzt fachlicher Leiter des Staatlichen Schulamtes in seinem Landkreis. Seine Expertise bringt er u.a. im Ausschuss für Recht und Bildung beim Bayerischen Landkreistag ein.



Den 65. Geburtstag feierte Landrat **Anton Speer** am 12. Juli 2023. Speer ist auch international als „Gastgeber“ des G7-Gipfels der Mächtigsten dieser Welt in seinem Landkreis Garmisch-Partenkirchen bekannt. Im Rahmen dieser hochkarätigen Veranstaltung hat er bereits mehrfach die Leistungsfähigkeit eines Landratsamtes und der Öffentlichen Verwaltung insgesamt unter Beweis gestellt. Im Ausschuss für Umwelt und Landesentwicklung beim Bayerischen Landkreistag bringt er seine jahrzehntelange Erfahrung als u.a. Gemeinderat und Kreistag ein.



Am 14. Juli 2023 feierte Landrat **Sebastian Straubel** seinen 40. Geburtstag. Der ehemalige Leiter einer Nachrichtenredaktion brachte bei seiner ersten Wahl zum Landrat des Landkreises Coburg 2019 aber nicht nur Medienerfahrung mit, sondern war zuvor auch schon 5 Jahre der 1. Bürgermeister von Lautertal. Beim Bayerischen Landkreistag engagiert er sich unter anderem im Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr.



Landrat **Alex Eder** wurde am 26. August 2023 40 Jahre alt. Eder wurde 2020 erstmals zum Landrat des Landkreises Unterallgäu gewählt. Davor war er an verschiedenen Stellen für eines der Megathemen unserer Zeit, das Bauen, verantwortlich. U.a. verschiedene staatliche Bauämter und das Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr zählten zu seinen beruflichen Stationen. Das Engagement des gelernten Bauingenieurs im Ausschuss für Landesentwicklung und Umwelt beim Bayerischen Landkreistag rundet seinen bisherigen Werdegang ab.



Den 65. Geburtstag feierte Landrat **Wilhelm Schneider** am 19. September 2023. Seit 2022 gehört der Landrat des Landkreises Haßberge als Vorsitzender des Bezirksverbandes Unterfranken auch dem Präsidium beim Bayerischen Landkreistag an. Der erstmals 2014 zum Landrat gewählte, leidenschaftliche Hobby-Fußballer setzt sich seit rd. vier Jahrzehnten zum Wohle der Menschen im Markt Maroldsweisach, im Landkreis Haßberge und ganz Bayern ein. Dabei war er u.a. Gemeinderat, Kreisrat und 1. Bürgermeister.



Am 22. September 2023 vollendete Kreisrat **Peter Tomaschko, MdL**, das 50. Lebensjahr. Bereits seit 2008 bereichert der gebürtige Schwabe den Landesausschuss des Bayerischen Landkreistags mit seiner Expertise. Durch sein Landtagsmandat ist er dabei auch ein wichtiges Bindeglied zum Parlament und transportiert aktuelle Stimmungen und Themen in beide Richtungen.

Auszeichnungen



Die Kommunale Verdienstmedaille in Silber wurde Landrat **Armin Kroder** im März 2023 ausgehändigt. Schon vor seiner ersten Wahl zum Landrat des Landkreises Nürnberger Land 2008 engagierte sich Kroder als Staatsjurist ab 2002 im Landratsamt Nürnberger Land. Beim Bayerischen Landkreistag ist er nicht nur u.a. Vorsitzender des Ausschusses für Recht und Bildung und dadurch kooptiertes Mitglied im Präsidium, sondern leitet auch die Projektgruppe „Personal und Führung“ innerhalb des Bayerischen Innovationsrings.



Landrat **Stefan Röbke** wurde am 11. Juli 2023 die Kommunale Verdienstmedaille in Silber verliehen. Der gebürtige Schwabe und ehemalige Kommissar wurde 2002 erstmals zum Landrat des Landkreises Donau-Ries gewählt. Seitdem hat er sich auf allen Ebenen für eine solide Zukunft der Kommunen eingesetzt und kämpft u.a. als Vorsitzender des Ausschusses für Finanzen und Sparkassen und kooptiertes Mitglied im Präsidium beim Bayerischen Landkreistag für eine finanzielle Ausstattung der Kommunen, die ihren Aufgaben entspricht. (Foto: Foto ©Gregor Wiebe)



Die Kommunale Verdienstmedaille in Silber wurde am 2. August Landrat **Matthias Dießl** verliehen. Dießl ist bereits seit 2008 Landrat des Landkreises Fürth und hat sich seitdem u.a. als Finanz- und Sparkassenfachmann beim Bayerischen Landkreistag einen Namen gemacht. Als Vorsitzender des Bezirksverbandes Mittelfranken ist er auch Mitglied im Präsidium beim Bayerischen Landkreistag. Ab 1. Januar 2024 wird er die Nachfolge von Prof. Dr. Ulrich Reuter als Präsident des Sparkassenverbandes Bayern antreten.



Landrätin **Rita Röhl** hatte in diesem Jahr schon zwei Mal Grund zu feiern. Am 5. Juli wurde ihr für ihren herausragenden Einsatz der Bayerische Verdienstorden verliehen und am 9. Oktober 2023 durfte sie ihren 70. Geburtstag feiern. Röhl ist bereits seit 1978 kommunalpolitisch engagiert. Vor ihrer Wahl zur Landrätin des Landkreises Regen 2017 war sie unter anderem 27 Jahre lang Bürgermeisterin des Marktes Teisnach. Beim Bayerischen Landkreistag engagiert sie sich im Ausschuss für Landesentwicklung und Umwelt.

Wahlen



Landrat **Ben Schwarz** hat am 17. Mai als Nachfolger von Altlandrat Herbert Eckstein sein Amt im Landkreis Roth angetreten. Der Rechtsanwalt hat eine breite kommunalpolitische Erfahrung u.a. als Mitglied im Gemeinderat Georgensgmünd, Erster Bürgermeister der Gemeinde Georgensgmünd und Mitglied im Kreistag des Landkreises Roth mitgebracht. Beim Bayerischen Landkreistag ist er Mitglied im Ausschuss für Recht und Bildung.





Der Bayerische Landkreistag ist einer der vier Kommunalen Spitzenverbände in Bayern.

Neben dem Bayerischen Landkreistag sind dies der Bayerische Gemeindetag, der Bayerische Städtetag und der Bayerische Bezirkstag. Die 71 bayerischen Landkreise haben sich freiwillig zu diesem Kommunalen Spitzenverband zusammengeschlossen, der gleichzeitig eine Körperschaft des öffentlichen Rechts mit Dienstherreneigenschaft ist. Wesentliches Ziel des Bayerischen Landkreistags ist es, die kommunale Selbstverwaltung auf der Kreisebene zu sichern und zu stärken: Nach außen, insbesondere gegenüber dem Gesetzgeber und den Ministerien, werden die gemeinsamen Interessen der bayerischen Landkreise vertreten, nach innen werden die Mitglieder informiert und beraten.



Bayerischer Landkreistag

Kardinal-Döpfner-Straße 8 - 80333 München
Telefon: +49 (0) 89/286615-0 - Telefax: +49 (0) 89/282821
info@bay-landkreistag.de - www.bay-landkreistag.de